

Zeitschrift für  
Feminismus  
und Arbeit  
Sept./Oktober 2016  
34. Jg.

ISSN 0949-0000/ISSN 1862-5568

# Freierbestrafung in Frankreich

- Was wir von Frankreich lernen sollten (Inge Kleine)
- Luise F. Pusch: „Humanizing Hillary“?
- Französ. Ex-Misterinnen aktiv gegen sexuelle Belästigung
- Österreichische Journalistinnen gegen Frauenhass im Internet
- Londons Bürgermeister gegen sexualisierte Werbung im Nahverkehr
- Das Frauenbild in der Sylvesternacht (Sylvia Onken)
- gegen Lebensschutz von rechts
- Die Sexkäufer im Focus
- Prozesse gegen Hassposter erleichtern
- „Trostfrauen“: Japan zahlt 8,7 Mill. € an Stiftung

**Inhalt**

**Schwerpunkt:**

**Freierbestrafung in Frankreich 3**

---

- Was wir von Frankreich lernen sollten (Inge Kleine)

**Resolutionen/Aktionen/Netzwerke 11**

---

Frauenhass im Internet: «Uns reicht's!» sagen österreichische Journalistinnen

**Glosse von Luise F. Pusch 12**

---

„Humanizing Hillary“?

Über Authentizität, Inhumanität und paradoxe Vorschriften im US-Wahlkampf

**Themen 16**

---

Das Frauenbild in der Silvesternacht (Julia Onken), 16

Österreichs Grüne wollen Frauen Prozesse gegen Hassposter erleichtern, 17

Französische Ex-Ministerinnen für Kampf gegen sexuelle Belästigung, 18

Willkommen, Sahra Wagenknecht, 19

Forschungsprojekt „Mädchen und IT – Mädchen und Unternehmerintention“, 23

**Nachrichten 25**

---

Gewaltschutzzentren in Mali von Terre des Femmes unterstützt

KARO e.V., unermüdlich gegen Kinderprostitution

Londons Bürgermeister stoppt sexualisierte Werbung im Nahverkehr

"Trostfrauen": Japan zahlt 8,7 Millionen Euro an südkoreanische Stiftung

**Termine 28**

---

Gegen Lebensschutz von rechts. Queer-feministische linke Interventionen  
gegen Backlash und Antifeminismus

Die Freierbestrafung in Frankreich: Was können wir für Deutschland lernen?  
(Vortrag von Inge Kleine)

Die Sexkäufer im Focus, Fachtagung

**Literatur 29**

---

HERLAND.Feministischer Realismus in der Kriminalliteratur.

Gendergerechtes Sammeln im Technikmuseum

**Impressum:**

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.,  
Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de,  
kofra-muenchen@mnet-online.de. Verantwortlich: Anita Heiliger  
Abonnement: 6 Ausgaben in ca. 3monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzel-  
heft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto:  
IBAN: DE28700205000007805500, BIC: BFSWDE33MUE

# FREIERBESTRAFUNG: das Gesetz in Frankreich und was wir davon lernen können

Von Inge Kleine

**„Prostitution an sich ist Gewalt. [...] Sie ist die einzige Form der sexuellen Gewalt, die in unseren Gesetzen als solche fehlte. [...] Ich behaupte, dass die Abschaffung der Prostitution eine Pflicht für jede Gesellschaft ist, die die Menschenrechte achtet.“ Maud Olivier, Sozialistin, Abgeordnete und Verfasserin des Gesetzes auf ihrer Webseite am 22. Dezember 2015.<sup>1</sup>**

Im April 2016 stimmte die französische Nationalversammlung zum vierten und endgültigen Mal über das Gesetz zur Freierbestrafung ab. Sie beendete damit das unwürdige Tauziehen mit dem französischen Senat und gab mit ihrem Votum dem von den französischen Sozialisten 2013 eingebrachten Gesetzesentwurf gegen die konservative Mehrheit im Senat statt.

Damit entschied sich die französische Republik für eine auf Tatsachen basierende Bewertung der Prostitution als Gewalt an Frauen und als unvereinbar mit der Würde und dem Wert der menschlichen Person.

Das „Exposé des Motifs“, der Gesetzesbegründung, hält fest:

Alle Studien stimmen darin überein, dass prostituierte Personen Opfer besonders schwerwiegender Gewalttaten sind, die ihrer körperlichen und psychischen Unversehrtheit schaden.

<sup>1</sup> <http://www.maud-olivier.fr/#!/Maur%C3%A9ponse-%C3%A0-lavis-du-D%C3%A9fenseur-des-droits-sur-la-prostitution/c112t/567992660cf2c2b7798ea392>

Das Gesetz beruft sich auf die UN Konvention zu Menschenhandel und Prostitution aus dem Jahr 1949 und auf die Grundwerte des französischen Staates, die eine Verwertung des menschlichen Körpers als Quelle des Profits ausschließen. Es verweist auf die enorme Gewalt in der Prostitution und die Folgen wiederholter ungewünschter sexueller Handlungen für die Betroffenen. Es betont die Unvereinbarkeit der Prostitution mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Denn auch wenn eine männliche Prostitution existiert, so sind die Kunden doch fast ausschließlich Männer.<sup>2</sup>

**Für die französische Nationalversammlung gilt: Prostitution ist körperliche, psychische und sexuelle Gewalt, ein Angriff auf die Menschenwürde und widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz zwischen Mann und Frau.** Das Gesetz beendet eine politische und legale Auseinandersetzung mit der Prostitution, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten in Frankreich seit 1949 immer wieder geführt wurde.

## Inhalt des Gesetzes

Im Gesetz „Nr. 2016-444 vom 13. April 2016 zur Verstärkung der Bekämpfung der Prostitution als System und der Begleitung prostituierten Personen“ ist die Freierbestrafung ein zentraler Bestandteil des „nordischen Modells“ oder des „schwedischen Ansatzes“ - des Abolitionismus. Gleichzeitig herrscht Übereinstimmung darin, dass dies allein kaum etwas bringt

<sup>2</sup> Begründung für das Gesetz  
<http://www.assemblee-nationale.fr/14/propositions/pion1437.asp>

zur Bekämpfung der Prostitution und es wäre falsch, den Ansatz darauf zu reduzieren. Im Folgenden werden die einzelnen Artikel aufgeführt, um dem französischen Ansatz gerecht zu werden und ein Beispiel zu geben für die Einbettung der verschiedenen Forderungen, vor allem zur Unterstützung der Aussteigenden. Außerdem zeigen die Artikel, wie Gesetze aussehen, wenn sie internationale Übereinkünfte respektieren und sich um das Verhältnis der BürgerInnen untereinander kümmern.

**Die einzelnen Bestimmungen für Begleitmaßnahmen des Gesetzes:**

- ▶ Verbot der Internetwerbung für Prostitution.
- ▶ Schutz und Ausstiegsbegleitung für die Frauen in der Prostitution – eingebettet in ein Gesetz zur Unterstützung von Opfern „häuslicher“ Gewalt: Schaffung einer Stelle gleichgestellt mit denen für Verbrechensprävention, Opferhilfe, Drogenbekämpfung, Sektenausstieg und Gewalt gegen Frauen mit der Aufgabe, in jedem Regierungsbezirk Ausstiegshilfe zu organisieren und zu koordinieren.
- ▶ Rechtsanspruch auf Ausstiegshilfe unter der Mitarbeit verschiedener sozialer Stellen über eine damit beauftragte Anlaufstelle, dazu gehören besondere Maßnahmen zum ZeugInnenschutz. Dieser schließt Familienmitglieder ein.
- ▶ Aufheben möglicher Steuerschulden oder Strafschulden für Ausstiegswillige, um den Ausstieg nicht zu behindern, Evaluation der Bedürfnisse der einzelnen Betroffenen zur Koordination der Unterstützung. Unterstützungsansprüche gelten auch für AusländerInnen. Die entsprechenden Anlaufstellen sind verpflichtet, darauf zu achten, dass Betroffene die Unterstützungsan-

gebote erhalten und über ihre Rechte informiert sind. Zusätzliche Rechte für Opfer von Menschenhandel und Zuhälterei

▶ Bereitstellen finanzieller Mittel zur Prävention von Prostitution, der Unterstützung prostituierten Personen, zur Ausstiegsbegleitung und zur Aufklärung sowohl gefährdeter Personen als auch der Öffentlichkeit. Die Mittel stammen aus den Strafen für Sexkauf, der Beschlagnahme von Gewinnen aus Menschenhandel und Zuhälterei, sowie aus dem Öffentlichen Haushalt.

▶ Verbesserungen der Aufenthaltsrechte für Opfer von Menschenhandel oder Zuhälterei. Bei Ausstieg unter Begleitung einer Beratungsstelle Aufenthaltsrecht für 6 Monate. In diesen 6 Monaten hat die Betroffene das Recht, eine Arbeit aufzunehmen oder an einer Berufsausbildung teilzunehmen. Dieses Recht gilt unabhängig von einer Aussage des Opfers und damit in Übereinstimmung mit der von Deutschland immer noch nicht ratifizierten Istanbul-Konvention aus dem Jahr 2011.<sup>3</sup> Bereitstellung einer finanziellen Unterstützung während des Ausstiegs, die auch für ausländische Aussteigerinnen gilt (im Einklang mit der Istanbul-Konvention).

▶ Rechte auf Unterkunft und auf Eingliederung für Opfer von Zuhälterei und Prostitution.

▶ Recht der Betroffenen von Zuhälterei (entsprechend dem bereits geltenden Recht bei Menschen-

---

<sup>3</sup> Sie untersagt es, Aufenthalts- oder andere Rechte von Aussagebereitschaft abhängig zu machen.  
[https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2599/Istanbul-Konvention\\_Vertragstext\\_de.pdf](https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/2599/Istanbul-Konvention_Vertragstext_de.pdf)

handel) auf Entschädigung auch ohne Nachweis bleibender Beeinträchtigungen oder einer Arbeitsunfähigkeit von einem Monat oder länger. Die körperlichen und psychischen Schäden der Aktivität sind bekannt und bedürfen daher keiner Bestätigung durch Atteste oder Bescheinigungen.

► Erweiterung der juristischen Wege gegen Zuhälterei und Menschenhandel um zivilrechtliche; öffentliche Anlaufstellen können in bestimmten Fällen auch ohne die Aussage des Opfers den juristischen Weg dazu einschlagen.

► Recht auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei Verfahren, wenn es der Opferschutz erfordert.

► Abschaffung der Strafbarkeit der „Racolage“ - des Anwerbens von Kunden auf der Straße durch Personen in der Prostitution. Als „Anwerben“ konnte bereits deutliche Erkennbarkeit als Prostituierte gewertet werden. [Unter Sarkozy war diese Strafbarkeit 2003 gegen den Protest auch von AbolitionistInnen wieder eingeführt worden.] Artikel 13 beruft sich dabei auf die in Deutschland immer noch nicht umgesetzte EU-Direktive gegen Menschenhandel (2011/36), die jegliche zusätzliche Viktimisierung der Opfer von Menschenhandel verbietet.

► Aufklärung an Schulen im Rahmen des Sexual- und Gesundheitsunterrichts über die Realität der Prostitution und dem Körper als Ware als Bestandteil der Prävention. Sie zeigt ein gleichberechtigtes Verhältnis zwischen Männern und Frauen und Respekt vor dem menschlichen Körper.

► **Artikel 20:**

**Bestrafung der Freier als logische Konsequenz der Bewertung der Prostitution als Gewalt, der Übernahme internationaler Verträge gegen Prostitution und in der Verbindung zu anderen Gesetzen gegen sexuelle Gewalt. Der Kauf (bei einer erwachsenen Person) wird mit 1500.- € geahndet, im Wiederholungsfall mit 3750.-. Falls die Person minderjährig ist oder auf Grund einer sichtbaren oder dem Käufer bekannten Krankheit, Behinderung oder Schwangerschaft besonders gefährdet ist, steigt die Strafe auf drei Jahre Gefängnis und 45 000,- €. „Das Ersuchen um - Annehmen oder Erhalten sexuellen Verkehrs von einer Person in der Prostitution -, auch gelegentlicher Prostitution gegen Bezahlung, versprochene Bezahlung, einen Vorteil oder das Versprechen eines Vorteils wird durch die vorgesehene Gebühr bestraft.“**

► Schaffung einer zusätzlichen Strafe zur Geldbuße, analog zu Schulungen und Aufklärungen bei Verstößen im Verkehr oder im Zusammenhang mit Drogendelikten. Die Schulung ist auf Kosten der Käufer und enthält Aufklärung über die Bedingungen der Prostitution, die Lebenswirklichkeit der prostituierten Personen und die Realität im Menschenhandel.

► Regelungen zum Inkrafttreten und Aspekte der Finanzierung des Gesetzes.<sup>4</sup>

<sup>4</sup>[https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=64CFAE9D010E57C664070DB7B2BDDD37.tpdila21v\\_1?cidTexte=JORFTEXT000032396046&dateTexte=&oldAction=rechJO&categorieLien=id&idJO=JORFCONT000032396043](https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=64CFAE9D010E57C664070DB7B2BDDD37.tpdila21v_1?cidTexte=JORFTEXT000032396046&dateTexte=&oldAction=rechJO&categorieLien=id&idJO=JORFCONT000032396043)

### **Politische und historische Hintergründe, die das Gesetz in Frankreich ermöglichten**

Die französische Entscheidung ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Denn anders als in Deutschland gibt es in Frankreich bis heute ein Bewusstsein kollektiver Rechte. Während in Deutschland Verschlechterungen in der sozialen Situation, bei Arbeitnehmendenrechten oder Arbeitslosigkeit, auch wenn sie Massenphänomene sind und ganze soziale Gruppen betreffen, als Einzelschicksale erlebt werden, mobilisieren sie in Frankreich massive und gemeinschaftlich ausgeführte Proteste. Die Streiks und Demonstrationen gegen das „Loi Travail“, ein neues Arbeitsgesetz mit Lockerungen im Kündigungsschutz etc. im vergangenen April und Mai, waren dafür das jüngste eindruckliche Beispiel<sup>5</sup>. Medien, AkteurInnen der Politik und der Interessenverbände in Deutschland unterziehen solche sozialen Entwicklungen neoliberalen neuen Definitionen und versuchen dadurch, sie zu entpolitisieren.

In Frankreich gibt es strukturelle und gruppenbezogene Analysen. Und vor diesem intellektuellen Hintergrund ist die Wahrnehmung der Prostitution zu verstehen als gesamtgesellschaftliches, soziales und politisches Phänomen und nicht als entpolitisierte private Angelegenheit persönlicher sexueller Spielereien, der wenn überhaupt, ordnungspolitisch zu begegnen ist. Außerdem hängt der Nationalstolz dort nicht ganz so deutlich an wirtschaftlichen Erfolgszahlen wie hierzulande, so dass die Bereitschaft, eine Sache nur deswegen für gut zu halten, weil sie dem gesamten Staat Geld bringt, nicht ganz so unkritisch ausgeprägt ist.

Und letztlich reicht eine kritische Auseinandersetzung mit der Prostitution in

---

<sup>5</sup> <https://www.rf-news.de/2016/kw13/01.04.16-frankreich-streiks-und-massendemonstrationen/>  
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/frankreich-studenten-demonstrieren-gegen-arbeitsgesetz-a-1084830.html>

Frankreich Jahrzehnte vor den zweiten Weltkrieg zurück. Die in Frankreich 1960 (und in Deutschland gar nicht) ratifizierte und in der Begründung zum Gesetz ausdrücklich zitierte „Konvention zur Unterbindung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer“<sup>6</sup> aus dem Jahr 1949 wurde von einer französischen Feministin, Marcelle Legrand Falco (1880-1985), verfasst. Sie hatte 1926 mit der Gründung der „Union contre le trafic d'êtres humains“ - der „Vereinigung gegen den Menschenhandel“ die abolitionistische Bewegung in Frankreich gegründet. Sie war eine entschiedene Gegnerin der Prostitution, der Kriminalisierung der Frauen in der Prostitution und jeglichen reglementaristischen oder regulierenden Ansatzes. Ihr Ziel war es, Prostitution abzuschaffen ohne sie völlig zu verbieten, da Verbote immer nur die prostituierten Personen selber trafen und gleichzeitig die staatliche Reglementierung diesem System der sexuellen Ausbeutung (so wie bis heute in Deutschland) eine öffentliche Anerkennung verschafft und die in der Prostitution gegebene sexuelle Gewalt und Verletzung der Würde der Frau in Gesetzen festschreibt.

Ein erster Erfolg der Bewegungen war 1949 die Schließung der im 19. Jahrhundert zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten eingeführten Bordelle durch das nach einer Politikerin benannte „Gesetz Marthe Richard“ von 1949. 1975 entfiel der Gewerbeschein für die Frauen und 1994 die (schließlich 2003 von Sarkozy wieder eingeführte!) Strafbarkeit der „racolage passif“, der „passiven Anwerbung“ von Kunden durch sich Anbieten in der Öffentlichkeit.

Die Kontinuität verschiedener abolitionistischer und feministischer abolitionistischer Gruppen, die an die Grundlagen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg anknüpften

---

<sup>6</sup> <http://www.un.org/depts/german/uebereinkommen/ar317-iv.pdf>

und dabei auch international arbeiteten, ist ein wesentlicher Unterschied zur Situation in Deutschland oder den Niederlanden und konnte eine allzu große Aufwertung der Prostitution als Gewerbebranche bremsen. In den Niederlanden wurden anerkannte Organisationen gegen Menschenhandel wie die Mr. A. de Graaf Foundation unterwandert und umgedreht. Hierzulande existierte zwar, so wie in anderen europäischen Ländern, eine abolitionistische Bewegung im Rahmen der 1. Frauenbewegung mit Frauen wie Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann. Aber nach dem zweiten Weltkrieg gab es kaum Kontinuitäten, feministische Initiativen mussten erst wieder neu gegründet werden, Kontakte zu Gruppen im Ausland waren abgerissen und Vereine der 70er und 80er Jahre, die sich um die Rechte von Prostituierten kümmern wollten, wurden schnell zu Lobbygruppen eines möglichst ungehinderten Prostitutionsgewerbes. Eine durchgängig laute, feministische und klare Haltung zeigten hier Frauen wie Alice Schwarzer, die durch ihre Publikationen eine größere Öffentlichkeit erreicht oder einzelne Aktivistinnen wie Hannelore Schröder<sup>7</sup>, die auf ihrer Webseite feministische Texte zur Prostitution übersetzte und bekannt macht. Bedauerlicherweise blieb dies lange ohne größere Wirkung.

In Frankreich hielten herausragende Frauen wie Denise Pouillon Falco (1916-2013), Marcelle Legrand Falcos Nichte und Tochter eines Anwalts im Bereich der Menschenrechte, der an den Nürnberger Prozessen mitarbeitete, eine Bewegung lebendig, die ihren klaren Blick auf Prostitution behielt. Organisiert waren sie in Vereinen wie der *Union contre la traite des Êtres Humains* (UCTEH), der Pouillon Falco vorstand oder der *Fédération Abolitionniste Internationale* (FAI). Anders als in Deutschland brach die feministische Bewegung in Frankreich nie ganz auseinander – Akademikerinnen blieben in

feministischen Gruppen vernetzt, und anders als hier stellten sie immer die Bezüge zu feministischen Vordenkerinnen her anstatt sich fast schon panisch abzugrenzen – die Historikerin Malka Markovic oder die Soziologin Marie-Victoire Louis sind Beispiele.

Bis in die 70er Jahre bezog sich der Begriff der „Abolition“, der Abschaffung, trotz einer prostitutionskritischen Haltung allerdings vor allem auf die Abschaffung der Zuhälterei und des Menschenhandels. Organisationen wie das *Mouvement du Nid* oder die u.a. von Jean Scelles gegründeten *Equipes d'Action Contre la Traite des Femmes et des Enfants/ Contre le Proxénétisme* arbeiteten vor allem in diesem Sinne. Es waren auch diese Organisationen, die sich wie verschiedene kirchliche Gruppen intensiv um Frauen in der Prostitution kümmerten und Ausstiegshilfen anboten, auch wenn dies zum Teil noch aus einer eher paternalistischen Haltung heraus geschah. Dennoch erwarben diese Organisationen dadurch genaue Kenntnisse über die psychosozialen Zusammenhänge und die Machtverhältnisse in der Prostitution.

### **Neue Impulse im Frankreich der 70er und 80er Jahre**

In den 70er Jahren rücken feministische Aktionen zu sexueller Freiheit, zu Gewalt durch Ehemänner, zu Abtreibungsrechten und dem Zugang zu Verhütungsmitteln auch Prostitution an sich als besondere Form der sexuellen Gewalt und Ausbeutung wieder in das Blickfeld. 1977 begann das schwedische Parlament auf feministischen Druck hin mit seiner dreijährigen Untersuchung der Prostitution in Schweden, die u.a. mit der Empfehlung der Kriminalisierung der Freier endete, außerdem veröffentlichte Kathleen Barry 1979 *Female Sexual Slavery*<sup>8</sup>, in dem sie Menschenhandel zur sexuellen Ausbeu-

<sup>7</sup> <http://www.menschenrechte-frauen.de>

<sup>8</sup> Deutsche Ausgabe: Die sexuelle Versklavung von Frauen, Berlin 1983

tung und Prostitution einer systematischen Analyse unterzog und ebenfalls den Zusammenhang zwischen den Freiern, dem Markt und dem Menschenhandel herausstellte. Es folgte eine Zeit intensiver internationaler Zusammenarbeit, deren Ergebnisse in Barrys *The Prostitution of Sexuality* (New York 1995)<sup>9</sup> dokumentiert sind. Gleichzeitig wurde im Feminismus Prostitution als struktureller Bestandteil einer auf Abwertung und Ausbeutung beruhenden Einstellung zu Frauen erkannt – zumindest in Schweden und in Frankreich. Neue internationale Organisationen wie die 1988 gegründete *Coalition Against Trafficking in Women* mit mehreren Gruppen weltweit stellten entsprechend konkrete Forderungen, die in Schweden 1999 endlich zur Verabschiedung des sogenannten „schwedischen Modells“ führte - der Bewertung von Prostitution als Gewalt, als Ausdruck der mangelnden Gleichstellung der Geschlechter und der daraus resultierenden Freierbestrafung – als eine Maßnahme zur Abschaffung der Prostitution.

### ***Von der Graswurzel zum Gesetz - von Frankreich lernen!***

Wodurch konnten nun diese Erkenntnisse aus den verschiedenen Jahrzehnten endlich Wirkung zeigen? Wie wurde Ablehnung der Regulierung erreicht – wir regulieren ja auch nicht Mord oder Sklaverei (wobei Einige letzteres gerne versuchen würden beziehungsweise daran arbeiten, wenn wir die sprachlichen Manipulationen rund um den Begriff Menschenhandel betrachten...) – und wie erhielt stattdessen die Kriminalisierung des Freiers die nötige Akzeptanz? Erkannt war der Zusammenhang ja teilweise schon im 19. Jahrhundert; derjenige, der sich sexuellen Zugriff auf andere, meistens Frauen erkaufte, übt am unmittelbarsten die sexuelle Gewalt und macht den

---

<sup>9</sup> enthält den Entwurf einer UN Konvention gegen sexuelle Ausbeutung.

wesentlichen Faktor im Prostitutionsgewerbe aus. Zuhälterei und Menschenhandel samt AkteurInnen existieren nur zur Bedienung des von Käufern geschaffenen Marktes, sie sind „second in the order of causality“ - als verursachende Faktoren stehen sie an zweiter Stelle<sup>10</sup>. Welches sind also die Faktoren des durchschlagenden politischen Erfolgs? Dazu gehören die lange abolitionistische Tradition mit einer lebendigen feministischen Bewegung. Gleichzeitig gab es die Bereitschaft der Feministinnen mit Organisationen wie dem *Mouvement du Nid* eng zusammen zu arbeiten, und umgekehrt keine Berührungsängste seitens dieser Organisationen. Ein auch dieser Zusammenarbeit zu verdankender Durchbruch war die Einbeziehung aus der Prostitution ausgestiegener Frauen und kritischer Frauen in der Prostitution in die Bewegung und dies als nicht nur privater, sondern politisch relevanter Faktor, also diesen Frauen endlich die Möglichkeit einer größeren Öffentlichkeit zu geben und ihre Erfahrungen nicht nur als individuelle schreckliche Erlebnisse zu verstehen, sondern als typische und systematisch zusammenhängende Faktoren zu begreifen. Politik und Sozialarbeit, Soziologie und Sozialpädagogik wurden zusammengebracht und entwickelten eine Dynamik, die nicht mehr ignoriert werden konnte. Als bekannteste Aktivistin sticht Rosen Kerfah Nejjar Hicher hervor, die unter anderem mit der in Frankreich durch ihre Forschung zu sexueller Gewalt gegen Kinder bekannten Traumaexpertin Muriel Salmona zusammenarbeitete und damit für eine größere Bekanntheit der Ergebnisse auch jenseits wissenschaftlicher Kreise sorgte. 2015 unternahm Rosen einen 800 km langen Marsch durch Frankreich, in dessen Verlauf sie in unzähligen Gemein-

---

<sup>10</sup> [http://www.huffingtonpost.com/yaell-mellul/why-france-is-adopting-a-\\_b\\_9635988.html](http://www.huffingtonpost.com/yaell-mellul/why-france-is-adopting-a-_b_9635988.html). Yael Mellul und Lise Bouvet, „Why France Is Adopting A New Law That Criminalises The Clients, Not Prostitutes“, *Huffington Post*, 7. April 2016



den mit den BürgermeisterInnen und StadträtInnen sprach und Aufklärungsarbeit betrieb – sie konnte dabei auf die Unterstützung von mehr als 60 feministischen und wissenschaftlichen Organisationen zählen. Sie engagierten sich eigenständig zum Thema und bündelten zusätzlich ihre Arbeit in der Initiative *Abolition 2012*. Dazu zählten: *Osez le féminisme!* (Feminismus wagen) und *Encore féministes, aussi longtemps qu'il le faudra* (Immer noch feministische, solange wie es nötig sein wird) aber auch kleinere Gruppierungen wie *Les jeunes pour l'abolition* (Junge Menschen für Abolition), *SOS Mamans, Femmes en Résistance, C.L.F. - Coordination Lesbienne en France, SOS Séxisme, ZONTA Club de France, Réussir l'Égalité, Ligue du Droit International des Femmes, Espace Simone de Beauvoir, Zéro Macho, Femmes Solidaires, Mouvement du Nid, Collectif Féministe Contre le Viol, Fédération Nationale Solidarité Femmes, Centre national d'information sur les droits des femmes et des familles (CNIDFF), Coalition Against Trafficking in Women (CATW), Amicale du Nid, Clara Magazine, Association Française des Femmes de Carrières Juridiques (AFFCJ), Association Mémoire traumatique et victimologie, Regards de femmes, Mouvement Jeunes femmes, Les Trois Quarts du Monde, Collectif Alouette, L'Égalité c'est pas sorcier* und die *Coordination française pour le Lobby Européen des Femmes (CLEF)* und viele andere.<sup>11</sup>

Diese Zusammenarbeit erforderte von allen eine enorme Disziplin und Solidarität, sich nicht durch Differenzen bei anderen Themen auseinander bringen zu lassen und grundsätzlich den feministischen Anspruch der anderen Gruppen gelten zu lassen. Dies ist eine wesentliche Lektion für Deutschland, in dem wie so viele andere Aspekte auch „Feminismus“ von vielen einerseits an AkteurInnen innerhalb

der Parteien delegiert wurde, andererseits über Anlaufstellen sozialpädagogisiert und verstaatlicht und über diese Wege praktisch neutralisiert wurde. Zudem investieren zahlreiche Gruppen und Initiativen, die sich bei feministischen Themen einbringen, oft mehr Arbeit in Abgrenzungen und verzerrte Darstellung jeweils anderer Gruppen als in Möglichkeiten der Kooperation, siehe die jüngsten Aktionen im Zusammenhang mit dem Gerichtsurteil gegen Gina-Lisa Lohfink.

### **Der Schritt in die Parlamente**

„Der Schlüssel liegt darin, AbolitionistInnen in das Parlament oder andere Kammern zu wählen, die offizielle Berichte einholen. Aus den Berichten entstehen Empfehlungen und daraus Gesetzesentwürfe.“ So in einem Gespräch Lise Bouvet, Politikwissenschaftlerin und Philosophin, die über ihre Webseiten (Resources Prostitution) und über Artikel zur französischen abolitionistischen Bewegung gehört.

So gab es bereits 2006 eine von der Sozialistin Dinah Derrick geleitete Untersuchung im französischen Senat (der Regionalkammer in Frankreich), die nach Auswertung der Ergebnisse zur Prostitution das schwedische Modell empfahl. In der Nationalversammlung wurde die gesetzgeberische Arbeit am Thema im Juni und Juli 2010 auf Anregung von u.a. Danielle Bousquet und Guy Geoffroy aufgenommen, als dort eine landesweite Untersuchung der Prostitution in Frankreich beschlossen wurde. Die Untersuchung war sachlich und orientierte sich an verifizierbaren Daten, ihre Ergebnisse sind online im Rahmen des Dossiers zur Gesetzgebung zur Prostitution nachzulesen<sup>12</sup>.

Einer der sichtbarsten Unterschiede im Ansatz liegt in der Zugänglichkeit der

<sup>11</sup> <http://www.abolition2012.fr>

<sup>12</sup> [http://www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i3334.asp#P370\\_26903](http://www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i3334.asp#P370_26903)

Gesetzesentwürfe und der Dokumente dazu, sie sind gebündelt und online leicht zu finden, während in Deutschland Online Recherchen Stunden dauern können, bis endlich die Gesetzesentwürfe und damit beauftragten Gremien ermittelt sind. Weitere Unterschiede bestehen darin, dass wir hierzulande weder auf eine durchgängig wirksame feministische noch eine abolitionistische Bewegung zurückgreifen können und die gestellten Fragen andere sind.

In Deutschland gab es zwar auch Untersuchungen, allerdings wurden diese (so wie in den Niederlanden) von Anfang an im Sinne der Sexindustrie betrieben. Dies geschah durch das gezielte Ignorieren jeglicher kritischer Ansätze, die Unfähigkeit, sexuelle Angelegenheiten tatsächlich als Machtangelegenheiten und Faktor politischer Verhältnisse zu begreifen und durch das Ausblenden wesentlicher Fragen. So war „Gewalt“ bei den Evaluationen des deutschen Ansatzes zur Prostitution schlicht kein Thema und auch die Folgen der Prostitution für die Einzelne und für öffentliche Inszenierungen dessen, was wir uns unter einem gleichberechtigten Zusammenleben von Frauen und Männern vorstellen, wurden ausgeblendet. Statt dessen wurde (und wird) mit Definitionen gearbeitet, die jeglichen Zwang unsichtbar machen und die Prämisse gesetzt, dass Gewalt und Prostitution an sich nichts miteinander zu haben, egal wie viel tägliche Gewalt stattfindet.

Auch Ausbeutung wurde vorsichtshalber nicht verbindlich definiert. Außerdem wurde und wird zwar bei Gewalt – so sie überhaupt thematisiert ist – gerne auf allgemeine Gewaltsituationen im Patriarchat hingewiesen, dann aber umgehend trotzdem Prostitution als davon loslösbares Einzelphänomen postuliert.

Für die feministische Bewegung in Frankreich bedeutete die parlamentarische Arbeit folgendes: Ergebnisse, Diskussionen und Publikationen intensiv begleiten und kommentieren, eine möglichst große

Öffentlichkeit zu erreichen und deutlich zu machen, dass PolitikerInnen, die sich aufgeklärt und kritisch zur Prostitution äußern, mit einer breiten und sichtbaren Unterstützung rechnen konnten.

### ***Die Gesetzgebung***

Dies waren also die Bedingungen, unter denen am 10. Oktober 2013 Maud Olivier mit 119 Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion und 16 weiteren anderen Abgeordneten ihren Gesetzesentwurf zur Freierbestrafung vor die Nationalversammlung brachte. Er erhielt im Dezember 2013 zum ersten Mal durch die Nationalversammlung die nötige Mehrheit und wurde schließlich nach jahrelanger Verzögerungstaktik des konservativen Senats und nach neuen Wahlen am 6. April 2016 angenommen. Er gilt seit dem 13. April.

Die Jahre 2014, 2015 und 2016 waren durch intensive Auseinandersetzungen und vor allem das massive Auftreten der Lobbyverbände der Sexindustrie, in Frankreich am sichtbarsten vertreten durch STRASS, geprägt. Ähnlich wie hier münden diese Auftritte immer wieder in Selbstentlarvung. Am deutlichsten in Erinnerung dürfte die völlig verfehlte Aktion männlicher privilegierter Publizisten und Intellektueller bleiben, die in peinlicher Selbstdarstellung ein „Manifest der 343 Saukerle“ veröffentlichten (in Wirklichkeit standen 18 Männer dahinter) und damit deutlich machten, wozu bestimmte Männer Prostitution brauchen und wie sie „Männlichkeit“ definieren. Die völlig unhinterfragte und damit schamlose Übernahme und gleichzeitige Aneignung einer der zentralen Aktionen im französischen Feminismus – einer Aktion samt Manifest zur Abtreibung aus dem Jahr 1971 – unterstrich ihren Definitions- und Herrschaftsanspruch ebenso wie die Nachahmung von gewerkschaftlichen Aktionen gegen Rassismus. Für diese Leute existieren – so wie für neoliberales

Marketing – politische Aktionen und Analysen nur als Steinbruch eigener Legitimationen.

Letzte Zweifel an der Bedeutung der Prostitution sowohl unter feministischen als auch unter Klassenaspekten wurden schließlich durch die „Carlton-Affaire“ beseitigt. Einer der Hauptangeklagten, Dominique Strauss-Kahn<sup>13</sup>, wurde zwar freigesprochen (er dachte, die misshandelten Frauen seien eben Freundinnen seiner Geschäftskumpane, denen das Spaß macht), dennoch wurde jegliche Romantisierung zum Thema Edel-Eskort durch den öffentlichen Blick auf die Situation der Frauen (in sms als „petit cadeaux“ oder „la marchandise“ bezeichnet) unmöglich.

Auch wenn wir in Deutschland von einer wirklich starken feministischen Bewegung wohl noch weiter entfernt sind als von der Abschaffung der Prostitution – Frankreich macht Hoffnung.

Und unsere Zusammenarbeit mit französischen Feministinnen auch. In Deutschland entsteht langsam wieder eine Bewegung, die auf Zusammenarbeit, Solidarität und Auseinandersetzungen vor diesem Hintergrund stolz ist. Die kein Problem damit hat, von anderen zu lernen. Eine Bewegung, die strukturell denkt und politische Zusammenhänge benennt. Und die sich gegen eine Vereinnahmung als „cool“ sperrt. Eine Bewegung mit politischen Meinungen.

Die französischen Organisationen hinter diesem Erfolg wurden schon genannt, hier sind einige Namen – und sehr viele gehören noch dazu: Dinah Derrick, Maud Olivier, Danielle Bousquet, Guy Geoffroy, Denise Pouillon Falco, Malta Marcovich, Bernice Dubois, Marie-Victoire Louis, Sabine Salmon, Maya Surdutz, Suzy

Rotjman, Danielle Bousquet, Lise Bouvet, Laurence Rossignol, Sandrine Goldschmidt, Pierette Pape (EWL), Najat Vallaud-Belkacem, Christophe Careche, Muriel Salmona, Rosen Hicher, Patric Jean, Chantal Juanno, Pascale Boistard ...., die alleine und in ihren Parteien und Gruppen an diesem Erfolg gearbeitet haben.

Was die Abschaffung der Prostitution angeht, fängt in Frankreich die „richtige Arbeit“ - die Umsetzung, die tatsächliche Unterstützung der Frauen – jetzt an.

Wir leisten noch die Vorarbeit – Aufklärung und die Einführung entsprechender Gesetze.

## Netzwerke/Aktionen Resolutionen

### Frauenhass im Internet: «Uns reicht's!»

*fs\_ / 23. Jun 2016 - **Politikerinnen und Journalistinnen werden online übel beschimpft und bedroht, weil sie Frauen sind. Jetzt rütteln sie die Öffentlichkeit wach.***

Vier renommierte Journalistinnen aus Österreich prangern den Frauenhass im Netz an und fordern die Politik zum Handeln auf. Unter der Schlagzeile «Uns reicht's» berichten sie in der Wochenzeitung «Falter» über unerträgliche sexistische Beschimpfungen, Vergewaltigungs- und Morddrohungen, die sie täglich über E-Mail, Twitter, Facebook und andere Netzwerke erhalten.

### **Bagatellisiert und tabuisiert**

Ingrid Thurnher vom öffentlich-rechtlichen TV-Sender ORF, Corinna Milborn vom Privatsender Puls 4, die freie Journalistin Barbara Kaufmann und Hanna Herbst vom Magazin «Vice» machen damit sichtbar, was bisher bagatellisiert und tabuisiert wird. Betroffene sexistischer Hasskommentare reagierten wie andere Opfer sexueller

<sup>13</sup> Sex-Affäre um Strauss-Kahn: Nackte Fakten, Spiegel 22.02.2012

Gewalt, heißt es im «Falter». Sie würden die Attacken meist nicht thematisieren, um nicht weitere Hasstiraden auszulösen und um nicht stigmatisiert zu werden. Sie würden den Hass verdrängen, ertragen oder sich vorsichtiger äußern und Themen wie Frauenrechte meiden. Damit erreichten die Pöbler ihr Ziel. Corinna Milborn: «Wenn Frauen sich nicht mehr äußern können, ohne sexuelle Gewalt zu erfahren, müssen wir über neue Regeln sprechen.»

### **Sportkommentatorin im Shitstorm**

In Deutschland hat Claudia Neumann Frauengeschichte geschrieben. Als erste Frau überhaupt kommentierte sie im Juni zwei Spiele der Männer-Fussball-Europameisterschaft. Doch statt Respekt für ihre Arbeit schlug ihr Frauenhass entgegen. Eine Online-Petition fordert ARD und ZDF nun auf, Neumann das Finale kommentieren zu lassen: «Die Fähigkeit ein wichtiges Fußballspiel zu kommentieren, ist keine Frage des Geschlechts, sondern eine Frage von Kompetenz.» Über 21'000 Menschen haben die Petition bisher unterzeichnet.

Wie verbreitet Attacken gegen Journalistinnen sind, zeigt eine Statistik des britischen «Guardian». Danach sind fast nur Frauen von nicht tolerierbaren Kommentaren betroffen. Unter den zehn Journalistinnen und Journalisten, deren Texte in den letzten zehn Jahren die meisten unflätigen Kommentare erhielten, sind acht Frauen.

### **Politik muss Grenzen setzen**

In Grossbritannien forderten Politikerinnen aller Parteien nach dem Mord an Jo Cox, Frauenhass im Netz nicht mehr stillschweigend zu tolerieren, sondern endlich zu stoppen. Politikerinnen müssten damit bisher weitgehend allein fertig werden, sagten sie im «Guardian». Betroffen seien vor allem Politikerinnen, die sich wie Cox für Frauen- und Menschenrechte engagieren. Die Gesellschaft dürfe diese Form der Einschüchterung nicht länger tolerieren. Sonst werde es noch schwieriger, Frauen für den

Einstieg in die Politik zu motivieren. Maria Miller, Abgeordnete der Konservativen, fordert, dass die Politik jetzt Grenzen setzt. Sie müsse definieren, welches Verhalten für die Gesellschaft absolut inakzeptabel ist und welche Verantwortung Plattformen für inakzeptable Inhalte tragen, die im Netz verbreitet werden.

### **«Rote Linie überschritten»**

In der Schweiz hat der konservative Nationalrat Andreas Glarner (SVP) zwei Kritikerinnen seiner Asylpolitik auf Twitter sexistisch beleidigt. Wegen der vielen Reaktionen löschte er seinen Account und veröffentlichte stattdessen Fotos der beiden Frauen auf Facebook. Seinen Kommentar dazu habe er geschickt formuliert, sagte eine der Betroffenen gegenüber der Plattform «watson»: «Die Kommentatoren in den Kommentarspalten haben in Gewalt- oder Vergewaltigungsfantasien allerdings die rote Linie ziemlich offensichtlich überschritten.» Den Beitrag auf Facebook löschte Glarner schließlich, nachdem sein Facebook-Profil vorübergehend gesperrt worden war.

Über 12'000 Personen unterstützen den Aufruf der Journalistinnen. Die Solidaritätserklärung «Wir stehen hinter euch!» kann weiter unterzeichnet werden.

[www.frauensicht.ch](http://www.frauensicht.ch)

### **Willkommen, Sahra Wagenknecht**

*Ein Beitrag der Harzgruppe\**

*In unserer feministischen Diskussionsgruppe besprechen wir u.a. die diversen Parteiprogramme für die Berlin-Wahlen.*

*Was uns an der LINKEN gefällt, wenn es auch wenig mit der Berlin-Wahl zu tun hat, ist die Ablehnung der vielen todbringenden Rüstungsgeschäfte, mit denen die Bundesrepublik prosperiert. Da steht die LINKE mit Abstand allein da.*

*Aber „Unser Programm für das soziale Berlin“ reißt uns nun wirklich nicht vom Ho-*

cker. Es ist „Ein Sack gefüllt bis obenhin, doch ist gewiss was Schönes drin“. Bis zum Abwinken fallen die Worte: „demokratisieren, ökologisieren, kooperieren, teilhaben, stärken“ usw. ohne irgendein Beispiel, wie das denn alles zu realisieren wäre.

Wenn nun jemand wie Sahra Wagenknecht ein Problem wahrnimmt, das sich durch das hohe Flüchtlingsaufkommen gestellt hat, dann ist erschreckend zu sehen, wie viele in ihrer eigenen Partei sie mundtot machen wollen und sich nicht scheuen, ihr die übelsten Verbindungen zu unterstellen, anstatt darüber zu nachzudenken, ob das von ihr angesprochene Problem in der Form oder einer anderen existiert und wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten gedacht und umgesetzt werden könnten. Dass namhafte Leute aus der Führungsriege bei diesem Bashing gedankenlos mitmachen, stellt ihnen ein Armutszugnis aus und regt mit Sicherheit nicht dazu an, diese Partei auch zu wählen.

Was im Programm der LINKEN vollkommen fehlt und uns doch anspricht, wenn wir nur das Haus verlassen, ist die Auseinandersetzung mit Problemen, die durch die zunehmende Patriarchalisierung - verbrämt und legitimiert durch die sogenannte Religionsfreiheit – hierzulande bei hauptsächlich türkischen und arabischen Einwanderern sichtbar geworden sind. Die werden zwar auch nicht durch Frau Wagenknecht konkret benannt, gehören aber in diesen nur vage beschriebenen Problemsack. Wir wollen uns im Folgenden nur auf diesen einen Aspekt begrenzen und das Ganze etwas unterfüttern. Der sichtbare Ausdruck sind die vielen verummten Frauen und zunehmend immer kleinere Mädchen, von denen nur Böartige vermuten können, dass sie bei 35 Grad im Schatten die langen Hosen, Pullover und Mäntel unter den doppelten Tüchern immer freiwillig tragen.

Genau mit dieser Behauptung der Freiwilligkeit aber werden die Probleme wegdiskutiert.

Es mag Frauen geben, die sich aus unterschiedlichsten Gründen freiwillig verummten: weil sie zu einer religiösen Tradition gehören, die das von ihnen erwartet, weil sie sich vom Westen absetzen wollen, weil sie es für Selbstbestimmung halten, weil sie gegen was auch immer protestieren wollen oder weil sie ein modisches Interesse am Kopftuch und seinen vielfältigen Einsatzmöglichkeiten haben.

Diese sich in vielen Talkshows äussernden Frauen sind oft Akademikerinnen, die auf die ihnen hier grundgesetzlich garantierte freie Meinungsäußerung pochen, sich aber nie dazu äußern, welche drakonischen Strafen in vielen Ländern die Frauen erwarten, die das Kopftuch mit allen entsprechenden einschränkenden Varianten nicht tragen wollen. Im Iran, in dem nach der Machtübernahme durch Chomeini die Verummung rigoros durchgesetzt wurde, gibt es eine mutige Frauenbewegung, die es trotz massiver Gegenwehr durchgesetzt hat, die Auflagen zumindest zu lockern, so dass viele Frauen nur noch mit locker übergeworfenem Tuch zu sehen sind und neuerdings unterstützt werden – zum ersten Mal! - durch Männer, die sich mit Kopftüchern fotografieren lassen und diese Fotos im Internet verbreiten, weil sie sich wohl so noch nicht auf die Straßen trauen. (Men in Iran are wearing hijabs in solidarity with their wives who are forced to cover their hair). Einen vergleichbaren kollektiven Protest gegen die Verhüllung durch türkische und arabische feministische Frauengruppen gibt es in Deutschland nicht. Dieses offenbar vollkommene Fehlen einer feministischen türkisch/arabischen Opposition in einem westlichen Land sollte zu denken geben. Es ist vermutlich weltweit einmalig. Auch wenn manchen deren Politik missfallen mag, ist das Fehlen solcher Gruppen ein Indiz für einen schwerwiegenden Demokratiemangel, was ein Zeichen von Angst sein muss. Es sind immer nur einzelne mutige Frauen, wie z.B. Necla Kelek, Seyran Ates und Mina Ahadi, die für die

Denkfreiheit, die sie sich nehmen, von den eigenen Leuten bedroht werden und von der allgemeinen Linken keinerlei Unterstützung erfahren.

Abgesehen von den Frauen, die behaupten, sich freiwillig zu verhüllen, gibt es vermutlich sehr viel mehr Frauen, denen das Kopftuch und die anderen Vermummungsmittel von ihren Familien, bzw. den Vätern befohlen wird. Das Internet ist voll von Fragen und Klagen muslimischer Mädchen, die Rat suchen. Zwar ist in Deutschland garantiert, dass Menschen ab 14 Jahren religionsmündig sind, das heißt aber nicht, dass sie dieses Recht auch ausüben können, wenn der Vater, die Imame oder die Scharia-Propagandisten das Kopftuch befehlen, was häufig der Fall ist. Die Töchter können sich nicht wehren, weil die Alternative ist, die Familie zu verlieren, weil sie Angst vor Gewalt haben oder berechtigte Angst, zwangsverheiratet zu werden, wenn sie sich aufmüpfig zeigen. Nicht ohne Grund gibt es diverse anonyme Wohnungen für misshandelte türkische Frauen und Mädchen.

Das sind keine zu übergehenden Einzelfälle, sondern das ist grundgesetzwidrige Praxis in Deutschland. Gerade eine LINKE Partei sollte sie zur Kenntnis nehmen und alle Anstrengungen unternehmen, diesen Mädchen und Frauen zu helfen. Das ist ein wesentliches der von Sahra Wagenknecht aufgeworfenen, wenn auch nicht detailliert beschriebenen Probleme.

In der Kölner Demonstration für Erdogan am 31. Juli 2016 haben ca. 20.000 (und offenbar 20.000 weniger als angenommen) in Deutschland lebende Türken und Deutschtürken lautstark bejubelt, dass in der Türkei die Pressefreiheit abgeschafft wird, dass Tausende Lehrer und Richter entlassen oder ins Gefängnis geworfen wurden, dass Bürgerrechte massiv abgeschafft werden und die islamischen Vorschriften sich Geltung verschaffen, was automatisch den Status der Frauen weiter

mindert, und sie haben den Plan bejubelt, die Todesstrafe wieder einzuführen.

Die Teilnehmer der Demonstration waren wohl mehrheitlich die gleichen Leute, die niemals demonstrieren, wenn türkische minderjährige Mädchen und auch junge Männer zwangsverheiratet werden, die sich keine Gedanken darüber machen, warum so viele junge türkische Mädchen Selbstmord verüben, die nicht als Gemeinde demonstrieren, wenn wieder eine junge Frau ermordet worden ist oder wenn wieder ein Mädchen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert wird (u.a. Klassenfahrten). Es waren die gleichen Leute, die in den Moscheen Hassprediger dulden und ihren Töchtern eine Freundschaft oder gar eine Ehe mit einem (Bio)-Deutschen verbieten (wobei den Männern durchaus Verhältnisse mit deutschen Frauen gestattet werden und auch Ehen zwischen türkischen Männern und deutschen Frauen häufig sind). Die Demonstranten haben einer Politik zugejubelt, die vergewaltigte Frauen dazu bringen soll, den Vergewaltiger zu heiraten, um ihre Ehre wieder herzustellen und Empfängnisverhütung für muslimische Frauen nicht akzeptiert, wie Erdogan.

Die Demonstration in Köln schien weitgehend ein Pendant zu Pegida-Demonstrationen zu sein. Allerdings gibt es bei einer Demonstration von 100 Neonazis in Deutschland immer mindestens 200 GegendemonstrantInnen. Nach allem, was man hört, trauen sich potentielle türkische Gegendemonstranten aus Angst sogar in Deutschland nicht auf die Straße.

Es ist nicht die deutsche Gesellschaft, die die neuen Bürger nicht akzeptiert, wie zunehmend fälschlich behauptet wird, sei es von den Türken selber oder von Parteien, die es besser wissen könnten: Bei allen Ungerechtigkeiten, mit denen die ersten Gastarbeiter zu kämpfen hatten: damals gab es keine Frauen mit Kopftüchern und wenn, dann waren es die bäuerlich vorne

gebundenen, wie sie auch hier noch bei älteren Frauen üblich waren. Es gab feministische türkische Frauengruppen, nach denen heute vergeblich ausgeschaut wird. Dieses Fehlen ist einmalig in einem westlichen kapitalistischen Land, was erklärungsbedürftig ist. Es stellt sich die Frage, ob diese Gruppen nicht entstehen, weil die Frauen Angst vor ihrer eigenen Gesellschaft haben. Wie schon gesagt, es sind immer nur einzelne mutige Frauen, die sich in Opposition begeben. Diese durch die Religion legitimierte Unterdrückung der Frauen hat weitreichende Folgen auch für die Männer. Sie verschärft sich zur Zeit durch die hohe Anzahl überwiegend männlicher Flüchtlinge aus diesem Kulturkreis.

Zwar schreibt die Partei der LINKEN in ihrem Programm – undeutlich genug:  
Für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit,  
Rassismus abbauen – Gleichberechtigung herstellen,  
Diskriminierung bekämpfen,  
Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie,  
aber tatsächlich sorgt sie für das Gegenteil, indem sie hartnäckig die Probleme ignoriert und auf diesem Gebiet gewissermaßen mit den GRÜNEN gleichzieht, die ebenfalls konsequent in dieser Frage den Kopf in den Sand stecken.

Ein Teil der Überforderung betrifft die aufnehmende Gesellschaft, die schon ohne Flüchtlinge mit folgenden Mängeln zu kämpfen hatte:

Zu wenige und marode Schulen und Kindergärten, zu wenige Lehrer, zu viel Unterrichtsausfall, eine überforderte Verwaltung, zu wenig Wohnraum, Arbeitslosigkeit, Reduzierung der Polizei u.a.m.

Das verschärft sich naturgemäß und soll nicht als Problem benannt werden dürfen?

Flüchtlinge, die hier Sicherheit und Freiheit suchen, sollen diese auch hier finden, was sehr viele Menschen durch ihr fortwährendes Engagement in der von ihnen selbst bestimmten Willkommenskultur deutlich machen.

Wir wissen auch von der Überforderung vieler Flüchtlinge: Die Realität des gelobten Landes ist anders als erträumt: die aufnehmende Gesellschaft ist nicht das erwartete Paradies, über das nur unklare Vorstellungen beim Aufbruch aus der Heimat vorlagen. Es ist kalt hier, das Essen schmeckt nicht, die Großfamilie fehlt, vielfach gibt es vollkommene Verständnislosigkeit über die hiesige Geschlechternormalität, zum großen Teil haben die Asylsuchenden keinerlei Ausbildung und wenn überhaupt, nur Hoffnung auf Hilfsjobs. Das allgegenwärtige Handy verursacht neue Probleme: Flüchtlinge vor der Handy-Zeit waren ohne Verbindung zu ihrer Heimat. Allenfalls funktionierten bisweilen Briefe, von denen niemand wusste, ob sie jemals ankamen. Das zwang die Flüchtlinge, sich auf die Gegenwart ihrer Umwelt zu konzentrieren. Heute sind sie durch das Handy ununterbrochen gleichzeitig in der alten wie der neuen Welt und müssen sich selbst und ihren Angehörigen vermitteln, wie es hier wirklich zugeht. Es gibt über das Handy tägliche Verbindungen in die Heimat und selbst ausgeübten oder von dort ausgeübten Druck, nun endlich einen Beweis für das Schlaraffenland zu bringen. Die Angekommenen wissen nicht, wie sie ihren Daheimgebliebenen die Wahrheit schildern sollen. Sie sind nicht in der Lage, evtl. versprochene Gelder hinschicken oder die Familie nachkommen zu lassen, eine Familie, die möglicherweise alles, was ihnen gehörte, verkauft hat, um ihren Sohn als Vorhut in das gelobte Land zu schicken.

Und überall mischen alle möglichen religiösen und politischen Einpeitscher mit: Imame, Salafisten, deutsche Rechte usw. mit gefährlich vereinfachten Erklärungen.

*Dazu kommen die Gewaltausbrüche unter den Flüchtlings-Männern, sei es weil sie verschiedenen Religionen oder Sekten angehören oder einfach durchdrehen und vermutlich vielfach gar keine anderen Arten der Auseinandersetzung mehr kennen durch die jahrelangen Kriege und Brutalisierungen. Wir sehen hier nur die Spitze des Eisbergs, weil die vielen Frauen, die hier Gewalt erfahren und auf der Flucht erfahren haben, lieber schweigen und sich nur sehr schwer offenbaren. Wenn sie es aber tun, was auch immer wieder vorkommt, hören wir die entsetzlichsten Geschichten.*

*Weder dauernde Schuldzuweisungen, mit denen sich die Führungskräfte der Parteien übertreffen, noch das Integrationsversprechen als ein Kessel voll Buntes wird den Problemen gerecht. Wir als Wählende in Berlin wollen von den Parteifunktionären Lösungen zu folgenden Problemen hören:*

*Was machen wir praktisch, um in allen notwendigen Sprachen die Ankommenden darüber aufzuklären, welche Gesetze hier herrschen und was, um nachdrücklich auf die Gleichberechtigung hinzuweisen und sie durchzusetzen?*

*Was machen wir praktisch, um für Frauen und Kinder in den Flüchtlingsheimen einen sicheren Zugang zu den Dusch- und Toilettenräumen zu gewährleisten?*

*Was machen wir praktisch, um Zuwiderhandlungen sofort zu ahnden?*

*Was machen wir praktisch, um Mädchen, die sich nicht vermummen wollen, dies zu ermöglichen?*

*Was machen wir praktisch zugunsten eines Ethikunterrichts für alle statt eines Religionsunterrichts für die jeweils verschiedenen Religionen?*

*Was machen wir praktisch, um dem Vitamin-D-Mangel (der Folgekrankheiten nach sich zieht) der verhüllten – und dadurch*

*auch schlecht hörenden - Frauen abzuheilen?*

*Wie setzen wir praktisch durch, dass alle Mädchen an Klassenfahrten teilnehmen und - in normalen Badeanzügen - am Schwimmunterricht?*

*Diese Liste kann endlos fortgesetzt werden.*

*Die Einwände dagegen können auch wir schon singen.*

*Die vielen halbnackten Deutschen bei Hitze in der Großstadt finden auch wir unästhetisch, ekelerregend und unattraktiv. Sie werden aber nicht dazu gezwungen, halbnackt herumzulaufen.*

*Das ist der Preis der Freiheit. Leider.*

*Es gibt auch in Deutschland zu viele Männer, die gewalttätig sind.*

*Doch immerhin haben Frauen dies thematisiert. Gesetze wurden geändert, Vergewaltigung, auch in der Ehe, ist strafbar. Frauen haben das durchgesetzt. Es hat lange gedauert. Es gibt auch keine deutschen Familienverbände, die Frauen zwangsverheiraten oder gemeinsam beschließen, Frauen zu ermorden.*

*Frauen, die sich Sorgen machen, vorzuwerfen, sie machten sich gemein mit den Rechtsradikalen, wie jüngst Götz Aly in seiner Kolumne in der Berliner Zeitung vom 2. August gegenüber Sahra Wagenknecht mit dem Satz behauptet hat, sie griffe „immer wieder zum neonationalistischen Vokabular der AFD“, ist so simplistisch wie die Haltung der Rechten, die immerzu jene attackieren, derer sie zur eigenen Entlastung vom Nachdenken habhaft werden können. Mit ein wenig Empathie wäre es nicht schwer zu verstehen, dass die zunehmend verhüllten Frauen auf unseren Straßen uns daran erinnern, dass es auch bei europäischen Frauen noch nicht allzu lange her ist, unterdrückt, verfolgt, ermordet zu werden,*



wenn sie auch nur ein wenig von der ihnen vorgeschriebenen Rolle abwichen. Oft war nicht einmal das nötig. Es genügte, Frau zu sein. Die Macht der Ideologie durch Religion wurde nur langsam durch jahrhundertelangen Widerstand gebrochen, und nun sehen wir mit Erschrecken, dass diese Zeiten sich auf neue Weise in vielen Weltgegenden wiederholen. Aber diese anderen Weltgegenden sind uns inzwischen sehr viel näher gerückt, als sie es jemals waren. Darum begegnen wir unseren alten verhüllten Altersgenossinnen, die in ihren langen braunen, beige, schwarzen langen Mänteln und bleich unter ihren Kopftüchern auf den Straßen schlurften, mit Erschrecken, mit Mitgefühl und mit Wut.

Also, Partei der LINKEN, hören Sie auf mit den Schuldzuweisungen, nehmen Sie die Probleme zur Kenntnis und tun Sie etwas!

© Harzgruppe\* c/o misalu@t-online.de

\*Der Name „Der Harz gehört zu Deutschland“ ist ein Protest gegen die Behauptung, der Islam oder das Christentum, Voodoo, Buddhismus usw. gehöre zu Deutschland. Mit gleichem Recht könnte man dann auch sagen, Pegida gehört zu Deutschland. Die Religionsfreiheit gehört zu Deutschland und das bedeutet auch Freiheit von Religion, laut GG.

Abgedruckt bei [www.fembio.org](http://www.fembio.org)

## Glosse von Luise F. Pusch

### „Humanizing Hillary“? Über Authentizität, Inhumanität und paradoxe Vorschriften im US- Wahlkampf

Seit Anfang Juli wieder in Boston, habe ich in den letzten beiden Wochen definitiv zu viel ferngesehen: Erst die Republican und dann die Democratic National Convention (DNC), jeweils von Montag bis Donnerstag

von 20 Uhr bis kurz vor Mitternacht. Warum? Es war spannendes Theater, um nicht zu sagen großes Spektakel. Und natürlich bin ich für Hillary und wollte nicht nur sehen, wie sie „Geschichte schreibt“, sondern auch wissen, was gegen sie im Gange ist.

Die Frage, die mich seither beschäftigt: Wie ist es möglich, dass die Wahl zwischen Hillary und Donald - eigentlich ein nobrainer, wie man hier gerne sagt, also eine Entscheidung, die auch ohne Hirn nicht schwer sein dürfte - immer noch auf Messers Schneide steht? Die am besten qualifizierte Person von allen, die sich jemals um das Präsidentenamt beworben haben, tritt gegen die am wenigsten qualifizierte an - und sie liegen, 100 Tage vor der Wahl und nach den großen Shows der beiden Conventions - gleichauf!

Über dieses Paradoxon wird hier und überall in der Welt geschrieben und gerätselt. Auch ich habe mir aus europäischer, weiblicher, feministischer und linguistischer Sicht ein paar Gedanken gemacht, die ich hier mitteilen möchte.

Was bisher an Antworten gefunden wurde:

- Es handelt sich um platten Sexismus. Unter den weißen Männern haben sich nur die mit Durchblick und die, denen es besser geht, zu der Einsicht fortentwickelt, dass es keine Schande ist, von einer hochqualifizierten Frau regiert zu werden. Diese Meinung vertrat Michael Aronovitz in einem brillanten und vielgelesenen Artikel.
- Hillary steht für den Status Quo, und das Volk will derzeit keine Kontinuität, sondern (wieder mal): Change. Und Dynastien kann es auch nicht leiden. Deswegen verschwand Jeb Bush, der Dritte der Bush-Dynastie, schon sehr früh aus der Riege der BewerberInnen. Das Volk will das Ganz Andere. Und das bietet der Außenseiter und Quereinsteiger Trump.
- Hillary und Trump sind beide so unbeliebt wie vor ihnen noch kein einziger Präsidentschaftskandidat. Deshalb liegen sie gleich-

auf. Trump wird von 70 Prozent der Frauen abgelehnt, von Schwarzen, von Hispanics, von der LGBTQ-Community und anderen „Minderheiten“. Hillary wird von weißen Männern ohne College-Abschluss abgelehnt. Leider sind das eine ganze Menge.

• Selbst die, die Hillary wählen wollen, klagen darüber, dass sie „nicht authentisch“ sei und sie ihr deshalb nicht recht trauen können. „Hillary ist nicht vertrauenswürdig (trustworthy)“, und deshalb hat sie ein „Likeability-Problem“

Ich selbst habe den Eindruck, dass die Medien ein großes Interesse daran haben, das „Drama“ des Wahlkampfes weiter brodelt zu lassen bis zum Schluss. Deshalb wurde schon die Konkurrenz zwischen Hillary und Bernie so lange es ging immer weiter hochgekocht. Und nun dasselbe mit dem verbliebenen Zweikampf. Bis zum Wahltag sollen wir alle in Atem gehalten werden und süchtig alles an Nachrichten, Analysen und Kommentaren konsumieren, was die Medien uns rund um die Uhr zum Thema anbieten. Das steigert die Einschaltquoten, die Besuchszahlen der Internetseiten und die Verkaufszahlen der Printmedien - und also den Profit. Wenn das Rennen schon entschieden wäre, wäre das für die Medien ein Riesen-Verlust. Und so tun sie alles dafür, damit es möglichst lange unentschieden bleibt. Die permanente Diffamierung Hillarys als kalt, falsch und nicht vertrauenswürdig dient auch dem Zweck, den Konflikt am Köcheln zu halten. Wenn die einzig diskussionswürdige Kandidatin ununterbrochen verleumdet wird, kann der Kampf noch lange weitergehen.

Ich möchte mich in dieser Glosse auf die Frage konzentrieren, warum Hillary von so vielen als „wenig authentisch“, ja als „falsch“ abgeurteilt wird, weshalb viele sie dann auch nicht recht mögen und zögern, sie zu wählen - selbst wenn es eigentlich keine vernünftige Alternative gibt.

Für eine Europäerin ist „Likeability“, also die Frage, ob die zur Wahl stehenden Kan-

didatInnen sympathisch sind, sicher weit weniger wichtig als in den USA. Als im Jahre 2005 mit Angela Merkel erstmals eine Frau Kanzlerin wurde, war das weniger der Sympathie des Volkes für sie zuzuschreiben als der Parteiräson. Obwohl Frau, war Merkel damals „das beste Pferd im Stall der CDU“. Die CDU/CSU wurde stärkste Partei und stellte daher die Kanzlerin. Das Volk hatte nicht Merkel gewählt, sondern die CDU/CSU.

In Großbritannien wurde die als „kühle Pragmatikerin“ geltende Theresa May nicht vom Volk zur Premier gewählt, sondern von den Tories, die gerade an der Macht sind und daher die oder den Premier stellen.

In den USA läuft das völlig anders. Die Präsidentin oder der Präsident wird direkt gewählt, und so kann es vorkommen, dass im Parlament (Haus und Senat) die Gegenpartei die Mehrheit hat, wie es seit 6 Jahren der Fall ist, weshalb Obama kaum eines seiner Vorhaben durchsetzen konnte. Während die Deutschen sich mit einem knappen Wahlkampf von 6 Wochen begnügen, läuft der Wahlkampf in den USA etwa anderthalb Jahre lang und tritt nun in seine heiße Phase ein, die letzten 100 Tage nach den Conventions. Warum das US-Volk ein Staatsoberhaupt will, das durch einen 18-monatigen Wahlkampf völlig zerschlagen wurde, ist ohne diesen Hintergrund schwer zu begreifen. Die Höllentour durch alle 50 Staaten dient dazu, sich selbst und die eigenen Pläne dem Volk persönlich bekannt zu machen, damit die WählerInnen eine brauchbare Entscheidungsgrundlage bekommen. „It's not enough to have a plan; you have to sell it to the country, over and over again.“ (Traister) Während der DNC bemühten sich Hillarys hochkarätige MitstreiterInnen, von Michelle Obama und Bill Clinton über Joe Biden und ihren Vizekandidaten Tim Kaine bis hin zu Barack Obama, Hillary zu „humanisieren“, zu „vermenschlichen“, ihre verletzte Seite zu zeigen, und zwar aus persönlicher Erfahrung. So jedenfalls urteilten die Medi-

en. Von den Obamas etwa war dagegen nicht zu hören: „So, jetzt gehen wir mal Hillary humanisieren!“

„Humanizing Hillary“ ist zur festen Redewendung in diesem Wahlkampf geworden - eine Redewendung, die selber vor allem eins ist: Inhuman. Sie impliziert, dass Hillary kein Mensch ist. Grausamer kann man sie wohl nicht diffamieren, und es geschieht leichthin, als hätte niemand etwas Böses gesagt oder gemeint.

Nach ihrer großen Acceptance Speech, die mich sehr beeindruckte, waren die KommentatorInnen sich einig: Die Rede sei inhaltlich schon ok gewesen, aber ihr Likeability-Problem habe Hillary damit nicht gelöst, und so habe sie die größte Chance dieses Wahlkampfes in den Sand gesetzt. Sie sei genau so reserviert und inauthentisch gewesen wie eh und je.

Ich konnte es nicht begreifen. Was war los mit diesen KommentatorInnen? Hatten wir dieselbe Rede erlebt?

Am ersten Abend der DNC hatte Michelle Obama gesprochen. Die Rede hinterließ großen Eindruck und gilt bis heute als einer der Höhepunkte der DNC. Mit Wärme, Leidenschaft und großer Überzeugungskraft hatte sie über ihre Freundin Hillary gesprochen. Allerdings hatte nicht sie die Rede verfasst, sondern ihre Redenschreiberin Sarah Hurwitz. Das war den meisten KommentatorInnen bekannt, störte aber niemand. Die bewundernswerte Authentizität war also nicht zuletzt eine bewundernswerte schauspielerische Leistung beim Vortragen eines nicht selbst verfassten Textes, so als sei es ihr eigener.

Hillary kann das Authentizitäts-Wettrennen schwerlich gewinnen. Dazu müsste sie weniger authentisch sein. Was ich damit meine? Authentizität, Offenheit, Spontaneität, Unverstelltheit, Natürlichkeit, Lockerheit sind Funktionen der Gesprächssituation, in der wir uns befinden. All diese schönen

Dinge sind möglich in Gesprächen im kleineren, vertrauten Kreis. Sie sind nicht möglich in einer Situation, in der die Kandidatin unter kritischer Beobachtung steht, nicht nur von Tausenden während der Wahlveranstaltungen, sondern von den Millionen an den Bildschirmen. In solchen Situationen herrscht für normale Menschen das Gesetz der Befangenheit, der „self-consciousness“. M.a.W.: Befangenheit, Unfreiheit ist authentisch in einer Prüfungssituation! Anders gesagt: Authentisch sein in einer Prüfungssituation heißt: Befangenheit, Unfreiheit zeigen. Da das allerdings nur bei ungeübten SprecherInnen akzeptiert wird (wie bei der DNC des öfteren zu beobachten), müssen alle anderen versuchen, ihre natürliche Angst und Anspannung in dieser Situation zu überspielen. Es gelingt dem einen blendend, der anderen weniger gut.

Befangenheit, „Self-consciousness“ verhindert zuverlässig Spontaneität und Natürlichkeit. Vor allem ist Spontaneität auch nicht auf Befehl abrufbar, das sollte sich eigentlich seit Bateson, Laing und Watzlawick herumgesprochen haben. „Sei spontan!“ ist seit Jahrzehnten das Beispiel für paradoxe Aufforderungen, Double Bind und Mystifikation.

Alle, die Hillary persönlich kennen, attestieren ihr all die Eigenschaften, die ihr abgesprochen werden von denjenigen, die sie nicht persönlich kennen. Alle ihre MitarbeiterInnen beim State Department stellen ihr begeisterte persönliche Zeugnisse aus über ihre Loyalität, Integrität, Natürlichkeit, Lockerheit und Herzlichkeit. In Situationen, in denen der Mensch überhaupt authentisch sein kann, ist Hillary nachgewiesenermaßen so authentisch wie nur irgendjemand.

In den anderen Situationen, unter dem prüfenden Auge der Öffentlichkeit, ist sie hochprofessionell, verhält sie sich sachlich und pragmatisch, wie eine gute Politikerin eben. Ähnlich wie Angela Merkel und The-

resa May. Der prinzipiell unbeherrschte Trump hingegen wirkt immer „authentisch“, weil er sich nicht die Mühe macht und wohl auch unfähig ist, sein Verhalten der jeweiligen Situation anzupassen. Viele lieben genau das an ihm.

Bei den Vorwahlen von 2008 „zeigte Hillary Emotionen“, von denen noch heute die Rede ist. Bei einem Interview in New Hampshire war sie so erschöpft, dass ihr die Stimme brach, weil sie mit den Tränen kämpfte. Die Medien machten sich sofort darüber her, meistens mit hämischem Unterton: „Jetzt heult sie auch noch, um Stimmen zu fangen, diese falsche Person!“ Alle Umfragen sagten einen Sieg für Obama voraus, aber die Vorwahlen in New Hampshire gewann Hillary. (Hier meine Glosse von damals dazu.)

Wie ich oben ausgeführt habe, ist Authentizität im Sinne von "Lockerheit, Natürlichkeit" bei der zermürbenden Prozedur des US-Wahlkampfes, einer Prüfungssituation in Permanenz, nicht möglich. Wenn die KandidatInnen trotzdem als authentisch erlebt werden, handelt es sich um buchstäblich hemmungslose Personen wie Trump oder um gute SchauspielerInnen. Hier zeichnen sich besonders Michelle und Barack Obama und Bill Clinton aus. Den größten Erfolg wird jedoch ein richtiger Schauspieler haben wie Ronald Reagan, selbst wenn er vorher nur ein mittelmäßiger Schauspieler war. Für Reagan waren die Erfahrungen aus seiner Filmkarriere sein wertvollstes politisches Kapital, das er virtuos zu nutzen verstand. „After all, the presidency is a public, performative job“ (Traister). Al Gore war kein guter Schauspieler und hatte es schwer, im Wahlkampf sein Publikum „zu erreichen“. George W. Bush hingegen wurde berühmt dafür, dass viele Menschen meinten, mit dem würden sie gern ein Bier trinken. D.h. er war und wirkte durchschnittlich und deshalb für den Durchschnitt vertraut und vertrauenswürdig.

Rebecca Traister, die ein viel beachtetes Buch über Hillarys ersten Präsidentschaftswahlkampf 2008 geschrieben hat, fragt, ob der Begriff „Charisma“ nicht vielleicht rein männlich konnotiert ist. Ich finde ja - Max Weber sprach von „dem charismatischen Führer“, an Führerinnen bei Weber kann ich mich nicht erinnern. Demnach verlangt man von Hillary buchstäblich das Unmögliche, wenn man ihr auch noch fehlendes Charisma vorwirft. Und tatsächlich sind es hauptsächlich Männer, die ihr das vorwerfen. Den meisten Frauen gefällt Hillary offenbar so, wie sie ist.

An diesem Text habe ich, mit vielen Unterbrechungen, vier Tage lang gearbeitet. Inzwischen hat sich der ungehemmt authentische Trump in der Beliebtheitsskala weiter nach unten gearbeitet. Heute, am 2. August, stehen die Gewinnchancen nicht mehr fifty-fifty, sondern Hillary führt mit 66 zu 34 Prozent.

*Luise F. Pusch 02.08.2016, fembio.org*

## Themen

### **Das Frauenbild in der Silversternacht**

Von Julia Onken

In der Silvesternacht erfolgte in verschiedenen mitteleuropäischen Städten ein massiver Angriff auf die weibliche Bevölkerung. Die bekannteste Attacke und die am meisten diskutierte: Hauptbahnhof Köln. Bei der zunächst von der Polizei bewusst nicht benannten Tätergruppe handelt es sich zum großen Teil um Asylanten aus dem islamischen Kulturkreis.

Die Empörung ist groß, landauf landab wird diskutiert und reflektiert, wie so etwas zukünftig verhindert werden kann. Da ist der Ruf nach Verstärkung polizeilicher Präsenz. Auch von gezielteren Integrationsprogrammen ist die Rede und von Kursen zur Erlernung der deutschen Sprache.

Ebenso wird der schwierigen Situation gedacht, in denen sich diese jungen Männer befänden, die unterbeschäftigt und der Langeweile ausgesetzt seien, die Perspektivlosigkeit und vor allem auch ihrem sexuellen Notstand hilflos ausgeliefert wären.

Inzwischen werden Polizeiberichte durch die Medien veröffentlicht. Was zunächst noch pauschal als „sexuelle Belästigung“ bezeichnet wurde, wird nun beim Namen genannt. Neben Raub von Handtaschen, Handys usw. sticht vor allem ein Tatbestand hervor, der häufig aufgeführt wird: Finger in Scheide eingeführt. Interessant ist, dass diese Fakten in den Diskussionen kaum Beachtung finden und die Tätergruppe sehr viel mehr an Einfühlung und Verständnis erhält, als die Opfer. Die Verharmlosung durch den Begriff „sexuelle Belästigung“ verschleiert das Geschehen, das einer Vergewaltigung gleichkommt und somit ein schweres Verbrechen ist.

Bei der Beurteilung dieser verheerenden Geschehnisse werden zwei entscheidende Aspekte nicht beachtet.

Die Tatzeit: Alle Attacken erfolgten an unterschiedlichen Orten zeitgleich und weisen somit auf eine konzertierte strategische Aktion hin – wie etwa die Terroranschläge. Auch bei völlig naiver Einschätzung kann nicht davon ausgegangen werden, dass Asylanten in Köln, Düsseldorf, Berlin, Genf, Bern, Zürich und vielen andern Städten ausgerechnet alle in der Silvesternacht auf die Idee gekommen sind, in Horden auszurücken um Frauen zu überfallen.

Zum Tatbestand: In allen Polizeiakten, die nun von Medien veröffentlicht worden sind, ist ein Formulierung häufig zu finden: Finger in Scheide eingeführt. Was aber hat das zu bedeuten? Für die Opfer ist es ein Akt schwerer Demütigung und eine Beschädigung ihrer körperlichen Unversehrtheit und Integrität. Für den Täter aber mag dieses Vorgehen wohl kaum eine Befriedigung seiner sexuell unbefriedigten Bedürf-

nisse gelten, sondern muss ein anderes Motiv haben.

Tatzeit und Tatbestand zeigen die Signatur einer kriegerischen Auseinandersetzung. Vergewaltigung ist stets als Kriegsstrategie eingesetzt worden, entweder um Macht über die Besiegten zu demonstrieren und zu demütigen oder um den Gegner zu schwächen.

Die Täter stammen allesamt aus patriarchalen Gesellschaften. Der Mann steht über der Frau, sie hat ihm zu gehorchen, sie ist sein Eigentum. Die Ehre eines Mannes wird dann verletzt, wenn seine Frau geschändet wird. Und dies wird als gezielte Strategie eingesetzt.

Die arabische Welt – oder ein Teil davon – hat somit der westlichen Welt den Krieg erklärt. Wer jetzt noch davon ausgeht, mit Sprach- und Freizeitkursen derartige Angriffe abzuwehren, hat die Sprache des Krieges nicht verstanden. Der Ruf nach vermehrter Polizeipräsenz und Überwachungskameras ist naiv. Täter aus patriarchalen Kulturen die von einem Gericht verurteilt werden, verstehen das Absitzen einer Gefängnisstrafe als Veredelung ihrer Männlichkeit.

Was aber ist zu tun? Die Dinge klipp und klar beim Namen nennen. Auf jene engagierten Publizisten und Publizistinnen hören, die aus diesem Kulturkreis stammen und seit Jahren auf die Gefahr hinweisen, dass Nachsicht und Toleranz die völlig falschen Signale setze. Karin Keller-Sutter, eine Schweizer FDP-Ständerätin bringt es auf den Punkt: „Wer sich nicht integriert, muss gehen.“

[www.julia-onken.ch](http://www.julia-onken.ch)

### **Österreichs Grüne wollen Frauen Prozesse gegen Hassposter erleichtern**

Frauen und schutzwürdige Minderheiten sollen Recht erhalten, bei Beleidigungen die Staatsanwältin einzuschalten. Der US-amerikanischen Feministin und Autorin Jessica Valenti droht ein Nutzer damit, ihre

fünfjährige Tochter zu vergewaltigen. "Ghostbusters"-Star und Comedian Leslie Jones wird von einer Welle an frauenfeindlichen und rassistischen Tweets überflutet. In der Causa "Gamergate" werden dutzende Frauen in der Videospielebranche bedroht und beleidigt. Diese Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der Masse der Vorfälle, bei denen Frauen im Netz attackiert werden, oftmals mit sexualisierten Hasspostings. Frauen sollen "mundtot gemacht werden"

Die Grünen wollen nun eine Gesetzesnovelle vorlegen, die sich dezidiert gegen den Hass auf schutzwürdige Gruppen und Minderheiten richtet. "Wir sehen, dass Politikerinnen, Journalistinnen, aber auch Helferinnen und einfache Diskussionsteilnehmerinnen angegriffen werden", sagte Grünen-Obfrau Eva Glawischnig am Mittwoch bei einer Pressekonferenz. Frauen würden aus dem öffentlichen Raum gedrängt und "mundtot" gemacht werden, denkt Glawischnig. Auch sie selbst sei wiederholt das Ziel von Hasspostings geworden. "Ich habe das Privileg, mit einem Team zu arbeiten und Juristen an meiner Seite zu haben", sagte Glawischnig. Deshalb könne sie mittels Privatklagen gegen Hassposter vorgehen – 34 derartige Verfahren wurden bereits geführt. Insgesamt wurden daraus übrigens 4.000 Euro für wohltätige Zwecke generiert. Aber: Einfache Nutzerinnen sind in einer anderen Position wie die grüne Klubobfrau und Parteichefin. Denn auf dem Weg der Privatklage droht immer auch die Möglichkeit, bei einer Niederlage vor Gericht auf den Prozesskosten sitzenzubleiben. Beleidigungen sollen Ermächtigungsdelikt werden. Deshalb wollen die Grünen nun Beleidigungen zu einem sogenannten "Ermächtigungsdelikt" machen. Das heißt, dass künftig Staatsanwälte das Delikt verfolgen, wenn die Anzeigsteller diesen Wunsch äußern. Bislang sei das Opfer "in die Rolle des Staatsanwalts gedrängt worden", sagt der grüne Justizsprecher Albert Steinhauser. Denn damit Staatsanwälte

aktiv werden, musste bislang eine "gefährliche Drohung" oder eine "Verhetzung" vorliegen. Beide Delikte umfassten allerdings die meisten Hasspostings im Netz kaum. So muss bei einer "gefährlichen Drohung" eine konkrete Drohung vorliegen. Wer jemandem wünscht, dieser "gehöre" beispielsweise erschossen oder vergewaltigt, macht sich nach bisheriger Auslegung dieses Delikts nicht strafbar. Bei der Verhetzung müsse hingegen das "Ausmaß des Aufstachelns ordentlich groß sein", sagt Steinhauser. Keine Öffnung für alle Beleidigungen. Die Grünen plädieren nun dafür, dass der Paragraf der "Beleidigung" erweitert wird. Gruppen, die gemäß Verhetzungsparagraf geschützt sind, sollen die Möglichkeit erhalten, Beleidigungen auch durch die Staatsanwaltschaft verfolgen zu lassen. Dabei handelt es sich etwa um Frauen, LGBTQ-Personen oder ethnische Minderheiten. Sprich: Ein weißer, heterosexueller Österreicher, dem jemand den Tod wünscht, erhält diese Möglichkeit vorerst nicht – es sei denn er wird wegen seiner Heterosexualität attackiert. De facto nutzen Hassposter bei Männern andere "Schwachpunkte" als Geschlecht oder Ethnie, um sie zu beleidigen. "Eine spätere Öffnung" sei laut Steinhauser aber "durchaus denkbar". Der Grund dafür, diesen Paragrafen auf geschützte Gruppen zu beschränken, liegt darin, dass diese am öftesten Opfer von Hasspostings werden. Von der Meinungsfreiheit seien Beleidigungen übrigens nicht geschützt, sagt Glawischnig: Diese ende dort, wo das Strafrecht beginnt. Gespräche mit Justizministerium Bis Herbst soll eine Gesetzesnovelle in Zusammenarbeit mit anderen Parteien vorliegen. Steinhauser denkt, dass Justizminister Wolfgang Brandstetter durchaus "offene Ohren" für sein Anliegen habe. So haben die Regierungsparteien unlängst eine Initiative gegen Hass im Netz gestartet. Kampagnen seien laut Glawischnig allerdings "zu wenig". Sie wünscht sich, dass auch andere Politikerinnen Initiativen gegen Frauenhass im Netz setzen. (Fabian

Schmid, 3.8.2016) – 3. August 2016,  
[www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)

### **Französische Ex-Ministerinnen für Kampf gegen sexuelle Belästigung**

Nach Affäre um Vize-Parlamentspräsidenten – Ende der Kultur des Schweigens gefordert.

Paris – Nach der jüngsten Affäre um sexuelle Belästigung in der französischen Politik haben 17 frühere Ministerinnen ein Ende der Kultur des Schweigens und der Straflosigkeit in solchen Fällen gefordert. "Sexistische Bemerkungen, unangebrachte Gesten, unangemessenes Verhalten" sollten in Zukunft "systematisch" verurteilt werden, erklärten die Politikerinnen aus dem gesamten politischen Spektrum in einem in der Zeitung "Journal du Dimanche" veröffentlichten Aufruf. Verhaltensweisen müssen sich ändern. Zu den Unterzeichnerinnen zählen die heutige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, die ebenfalls konservative Politikerin Nathalie Kosciusko-Morizet, die Sozialistinnen Aurelie Filippetti und Elisabeth Guigou sowie mehrere Grüne. Auch die 89-jährige Ex-Justizministerin Monique Pelletier ist darunter, die kürzlich berichtet hatte, dass sie vor 37 Jahren von einem Senator sexuell belästigt worden sei. "Wie alle Frauen, die in Bereiche gelangt sind, die früher reine Männerdomänen waren, haben wir unter Sexismus gelitten und dagegen gekämpft", heißt es in dem Appell. "Es ist nicht Aufgabe der Frauen, sich an diese Milieus anzupassen, es sind die Verhaltensweisen bestimmter Männer, die sich ändern müssen." Die Ex-Ministerinnen erklärten weiter: "Es reicht. Es ist vorbei mit der Straflosigkeit. Wir werden nicht länger schweigen." Anzeige erstatten Die Unterzeichnerinnen ermutigten alle Opfer sexueller Belästigung und sexueller Angriffe, Anzeige zu erstatten. Zudem forderten sie ihre jeweiligen Parteien auf zu prüfen, inwiefern es solche Vorfälle gegeben hat und

gegebenenfalls den Opfern zu helfen, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Die Verjährungszeit in Fällen von sexueller Belästigung müsse verlängert werden.

Frauenrechtsministerin Laurence Rossignol begrüßte den Schritt der Ex-Ministerinnen. Männer sollten "uns Frauen rein im professionellen Sinne sehen – als die Chefinnen oder Kolleginnen, die wir sind. Hörst auf, uns die ganze Zeit als mögliches Freiwild anzusehen!" sagte sie im Sender France 3. Ministerpräsident Manuel Valls versicherte den Unterzeichnerinnen im Kurzmitteilungsdienst Twitter seine Unterstützung.

#### ***Rücktritt nach Vorwurf.***

Andere Kommentatoren waren weniger einsichtig: Die frühere Wohnungsbauministerin Cecile Duflot veröffentlichte einige sexistische Reaktionen, die sie nach der Veröffentlichung des Aufrufs erhalten hatte. "Duflot belästigt? Der Typ muss besoffen gewesen sein", hieß es darin oder "Abgesehen von (der früheren Sportministerin Chantal) Jouanno – wer würde diese Frauen belästigen wollen, haha?" Vergangene Woche war der Vizepräsident der französischen Nationalversammlung zurückgetreten, der Grünen-Politiker Denis Baupin. Zuvor hatten ihm acht Frauen, darunter vier Abgeordnete, vorgeworfen, sie sexuell angegriffen oder mit anzüglichen SMS bombardiert zu haben. Daraufhin geriet auch Finanzminister Michel Sapin in Bedrängnis, weil er eine Journalistin unsittlich berührt haben soll. Der Sozialist räumte zwar "unangebrachtes" Verhalten ein und äußerte sein Bedauern, bestritt im Detail aber die zuvor von Journalistinnen verbreitete Version des Vorfalls. In einem kürzlich erschienenen Buch heißt es, der heute 64-Jährige habe gegenüber einer Reporterin Anfang 2015 eine anzügliche Bemerkung gemacht und das Gummibündchen ihres Slips "schnalzen lassen". –

[derstandard.at/2000037055220/Franzoesische-Ex-Ministerinnen-fuer-Kampf-gegen-sexuelle-Belaestigung](http://derstandard.at/2000037055220/Franzoesische-Ex-Ministerinnen-fuer-Kampf-gegen-sexuelle-Belaestigung),  
[www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)

**Forschungsprojekt  
„Mädchen und IT - Mädchen  
und Unternehmerintum“**

MIT-MUT ist ein Forschungsprojekt, das 13- und 14-jährige Schülerinnen vor der Berufswahlentscheidung spielerisch ermuntert, sich mit attraktiven beruflichen Optionen in den Bereichen IT und Unternehmerintum auseinanderzusetzen. Dafür wurde aufbauend auf einer Literaturanalyse, einer ersten Bedürfniserhebung bei Schülerinnen und PädagogInnen sowie einem didaktischen Konzept ein Spiel entwickelt (eine mehrwöchige Live Challenge, bei dem die Mädchen verschiedenste Aufgaben, von der Firmennamensfindung, über die Logoerstellung bis zur App-Papier-Prototyp Entwicklung und Präsentation zu erfüllen hatten) sowie ein Online Lernraum (Se3N - Social enterprise education entertainment Network) eingerichtet und im Anschluss im Rahmen einer Testphase evaluiert.

**Qualitative Evaluierung und quantitative Wirkungsmessung des Se3N und des Spiels**

Für die Evaluierung wurde ein jugendgerechter Zugang gewählt, der qualitative und quantitative Elemente verbindet. Die Testanwendung erfolgte interaktiv: Die Mädchen der Modellklassen bewältigten die gestellten Aufgaben, dann reflektierten sie in Form einer Gruppendiskussion darüber, was ihnen gefallen bzw. nicht gefallen hat, welche Aufgaben leicht bzw. schwer fielen etc. (Usability-Tests und inhaltliche Qualitätssicherung). Außerdem erfolgte eine quantitative Evaluierung der Wirkung (Impact Erhebung) des Se3N und der entwickelten Kompetenzen bei den Mädchen mittels zwei Onlinefragebögen. So konnten mittels geeigneter multivariater Analyseverfahren mögliche Vorher-Nachher-Effekte analysiert werden. Zusätzlich erfolgte eine Evaluierung der Testanwendung des Se3N bei PädagogInnen und Eltern mittels leitfa-

dergestützter, problemzentrierter Interviews.

**Ergebnisse der Evaluierung**

Sowohl den Schülerinnen als auch den PädagogInnen hat das Projekt MIT-MUT aufgrund der dadurch geförderten Teamarbeit, Selbständigkeit und Organisations- und Präsentationsfähigkeit sehr gut gefallen. Am besten gefallen hat den Mädchen die Ideenfindung für die App (MW 1,39 auf einer Skala von 1=sehr gut bis 6=gar nicht gut), 7 von 10 Mädchen geben sogar an, dass ihnen dies sehr gut gefallen hat. Auch die Erstellung des Logos und die Namensfindung für die Firma (MW jeweils 1,55) hat den Mädchen sehr gut gefallen, ebenso wie die Teamarbeit in der Gruppe und die Erstellung des Prototypen der App mittels Paper-Prototyping (MW jeweils 1,59). Auch das „Spielen“ der unterschiedlichen Rollen in ihrer Firma (MW 1,91), das Spielen der Minigames (MW 1,93) und die Erstellung des Präsentationsvideos (MW 2,00) werden sehr gut bewertet.

Nach Ansicht der Mädchen waren vor allem Kreativität (MW 1,44 auf einer Skala von 1=sehr stark bis 6=gar nicht stark) und Teamfähigkeit (MW 1,63) besonders stark gefragt. Aber auch Planungs- und Organisationsfähigkeit (MW 1,93), Konfliktfähigkeit (MW 1,98), Präsentationsfähigkeit (MW 2,00), Kommunikationsfähigkeit (MW 2,05), Verantwortungsbewusstsein (MW 2,09), Durchhaltevermögen (MW 2,12) und Selbständigkeit (MW 2,16) waren nach Ansicht der Mädchen bei dem Projekt gefordert. Vergleichsweise am wenigsten gefragt war nach Ansicht der Schülerinnen Eigeninitiative (MW 2,56).

Obwohl das MIT-MUT Projekt aus der Sicht der Mädchen zum Teil mit hohem zeitlichem Aufwand in der Freizeit verbunden war, konnten sich die Mädchen durch die Aussicht auf den Gewinn der Challenge, dadurch, dass sie Teil von etwas ganz Besonderem waren und durch Spaß durch die vielfältigen Aufgaben und Minigames moti-



vieren, MIT-MUT bis zum Ende zu verfolgen.

Während sich vor dem Spiel nur knapp die Hälfte der Mädchen gut informiert fühlte (Note 1-3), waren es nach dem Spiel drei Viertel. Vergleicht man nur jene Schülerinnen, die sowohl an der Null- als auch an der Wirkungsmessung teilgenommen haben, zeigt sich eine signifikante Verbesserung des Mittelwertes von 3,89 auf 2,78, also um fast eine ganze Beurteilungsnote.

Auch hinsichtlich der Chancen und Risiken einer beruflichen Selbständigkeit fühlen sich die Mädchen nach dem Projekt besser informiert als davor (Vorher: MW 3,17; Nachher: MW 2,71), allerdings handelt es sich dabei um keine signifikante Veränderung.

Insgesamt zieht der Großteil der Mädchen ein positives Fazit: gut zwei Drittel (68%) der Schülerinnen, würden anderen Mädchen in ihrem Alter empfehlen an so einem Projekt teilzunehmen. 9% würden keine Empfehlung abgeben (am häufigsten deshalb, weil der Zeitaufwand sehr hoch war) und 23% wollten sich diesbezüglich nicht festlegen.

Trotz anfänglicher Bedenken hielt sich der Aufwand für die PädagogInnen relativ gering und sie konnten das Projekt gut in ihren Regelunterricht integrieren. Ihre Aufgaben sahen die PädagogInnen hauptsächlich in der Kontrolle der Einhaltung des Timings, in der Unterstützung bei der Umsetzung des Papierprototypen und beim Drehen des Präsentationsvideos. Die Mädchen sehen hauptsächlich im gestalterischen Bereich des Se3N Verbesserungspotenzial, z.B. durch eine übersichtlichere Gestaltung und durch eine Reduktion der Emails, die sie im Zuge des Projektes erhalten haben. Auch wünschen sie sich ehrliches Feedback durch die Gamemasterin und eine Einhaltung von vorgegebenen Deadlines. Die PädagogInnen schlagen eine weitere Integration der Role-Models in die

einzelnen Aufgaben, möglicherweise in Form eines Quiz, sowie Vorab-Infos über technische Voraussetzungen vor.

Aufgrund der Testanwendung und der Evaluierung wurden das Se3N und das Spiel entsprechend adaptiert und eine funktions-tüchtige Beta-Version entwickelt.

Eine Integration in den Regelunterricht im Fach „Berufsorientierung“, im Rahmen einer eigenen Projektwoche oder durch fächerübergreifende Zusammenführung wird von allen befragten PädagogInnen als sinnvoll erachtet, wie sich beispielsweise an diesen Kommentaren von Lehrkräften zeigt:

*„Ich kann nur mitteilen, dass das Projekt für meine Schülerinnen ein voller Erfolg war und tolle Leistungen erbracht wurden. Ich hoffe, dass das Projekt fortgesetzt wird.“*

*„Und ich würde mich auch freuen, wenn das Projekt zum Beispiel nächstes Jahr wieder stattfinden würde, weil ich finde, dass das für Berufsorientierung ein tolles Projekt ist, wo man nicht nur alleine in der Schule arbeitet als Lehrer, sondern wirklich auch dann - ja mit anderen Lehrern zusammenkommt.“*

*„Ich möchte mich auch für das MIT-MUT-Projekt bedanken. Einige meiner Schülerinnen, die bei dem Projekt mitgemacht haben, haben auch ihre schulischen Leistungen seit dem Projektbeginn gesteigert. Vor allem das Selbstwertgefühl ist bei einigen Schülerinnen gestiegen und sie trauen sich in der Klasse nun mehr zu.“*  
[www.mitmut.at](http://www.mitmut.at).

## Nachrichten

### Gewaltschutzzentren in Mali von Terre des Femmes unterstützt

Als eines der ärmsten Länder der Welt erlebt Mali seit dem Militärputsch von 2012 eine schwere politische Krise. Ausgelöst

durch den Terror islamistischer Dschihadisten, ist der Norden des Landes besonders von dieser Situation betroffen. Wieder sind es Mädchen und Frauen, die Opfer von grausamen Vergewaltigungen und Misshandlungen werden.

Vor diesem Hintergrund hat Fatoumata Siré Diakité, die ehemalige malische Botschafterin in Deutschland und Gründerin der „Association pour le Progrès et la Défense des Droits de Femme“ (APDF), ein Frauenschutzzentrum in der Hauptstadt Bamako gegründet. Das dort verwirklichte Konzept einer ganzheitlichen Betreuung für die Hilfesuchenden ist einzigartig in Westafrika und hat Modellcharakter: „Die Frauen werden bei uns solange medizinisch, psychologisch und juristisch betreut, bis sie zu ihrem Recht gekommen sind“, betont Madame Diakité. Durch Ausbildungsangebote, wie z.B. in der Textilproduktion, erhalten die von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen die Möglichkeit sich ein wirtschaftlich unabhängiges Leben zu erschließen. Bereits mit durchschnittlich 300 € im Jahr kann einer schutzsuchenden Frau umfassend geholfen werden.

Aktuell müssen die Mädchen und Frauen aus Nordmali in ihrer Not rund 1.000 Kilometer zurücklegen, um in Bamako gezielte Unterstützung zu erhalten – eine unzumutbare Distanz für die Betroffenen. Daher setzt sich TERRE DES FEMMES e. V. in Partnerschaft mit APDF für den Aufbau eines weiteren Gewaltschutzzentrums im Norden des Landes ein. Das Grundstück wurde bereits von der malischen Regierung zur Verfügung gestellt und für den Bau wurde glücklicherweise ein Unterstützer in Deutschland gefunden. Jetzt fehlt es noch an Mitteln für den Unterhalt des Frauenschutzzentrums.

[www.terredesfemmes.de](http://www.terredesfemmes.de)

## **KARO e.V., unermüdlich gegen Kinderprostitution**

Am 18. Mai 2016 berichtete Herr Rörig, Missbrauchsbeauftragter der Bundesregierung, in einem Interview in „Die Welt“, dass an der deutsch-tschechischen Grenze Babys von Prostituierten einzig und allein zum Zweck der sexuellen Ausbeutung verkauft werden.

*„Wir mussten leider auch lernen, dass Menschenhändler in Tschechien für 4000 Euro Babys von Prostituierten kaufen können. Diese unregistrierten Kinder laufen vollkommen unterhalb des Radarschirms der Kinder- und Jugendhilfe. Niemand hat sie je gesehen. Sie werden einzig zum Zweck der sexuellen Ausbeutung großgezogen.“*

Es ist gut und wichtig, dass Herr Rörig diese nach wie vor aktuellen Verbrechen beim Namen nennt. Und es ist schade, dass gerade für diese Kinder so wenig getan wird. Cathrin Schauer, Geschäftsführerin von KARO e.V., hat diese Missstände bereits 2003 in ihrer Publikation „Kinder auf dem Strich- Bericht von der deutsch-tschechischen Grenze“ (Hrsg. ECPAT Deutschland und das Deutsche Komitee für UNICEF) angeprangert. Damals wurde sie dafür öffentlich diffamiert und ihre Erfahrungen mit Kindern, die von zumeist deutschen Sextouristen sexuell missbraucht werden, verleugnet. KARO setzt sich seit mehr als 20 Jahren für diese (un)sichtbaren Kinder ein. Schon seit vielen Jahren erhält KARO keinerlei öffentliche Finanzierung und baut dennoch seine Hilfsangebote stetig aus. Cathrin Schauer und Ludmilla Irmischer erhielten 2002 den Preis „Frauen Europas - Deutschland 2002“ für ihr einzigartiges Engagement gegen Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern. Außerdem wurde Cathrin Schauers Einsatz im Rahmen des Projektes "1000 Peace Women" für den Friedensnobelpreis nominiert und 2012 erhielt sie den Katharina Preis der Stadt Torgau.

## **Londons Bürgermeister stoppt sexualisierte Werbung im Nahverkehr**

***Londons neuer Bürgermeister verbietet sexualisierte Reklame in Bussen und U-Bahnen. Als Vater von zwei Teenagern wisse er, warum das wichtig sei, sagt Sadiq Khan.***

© Protein WorldS. Schauen Sie in der U-Bahn auch auf Plakate mit Models, deren Maße so gar nicht ihren entsprechen? In London ist damit jetzt Schluss. Als eine seiner ersten Amtshandlungen hat der neue Bürgermeister Sadiq Khan allzu offenerzige und sexualisierte Werbung im öffentlichen Nahverkehr verboten. Die Regel soll ab 1. Juli gelten.

"Als Vater von zwei Teenagern bin ich zu tiefst besorgt über eine Art von Werbung, die Menschen, insbesondere Frauen, erniedrigen kann, sodass sie sich für ihre Körper schämen", sagte Khan einer Mitteilung zufolge. "Es ist höchste Zeit, dass es zu einem Ende kommt."

Bereits vor Wochen hatte eine Firma ihre Plakate für Proteinpulver aus der U-Bahn entfernen müssen. Die Werbekontrollbehörde ASA leitete Untersuchungen gegen die Kampagne ein, die auf Plakaten eine leicht bekleidete, schlanke Frau im Bikini zeigten und fragten: "Are You Beach Body Ready?" ("Hast du schon eine Strandfigur?").

© Getty ImagesSadiq Khan ärgert sich über solche Slogans. "Niemand sollte sich mit unrealistischen Erwartungen bezüglich seines Körpers gedrängt fühlen, während er U-Bahn oder Bus fährt", sagte Khan nun. "Ich möchte der Werbewirtschaft hierzu ein klares Signal geben."

Wie Khan hatten bereits zahlreiche Kritiker argumentiert, die Werbung sei sexistisch und stufe Frauen zum Objekt herab. Viele Menschen würden sich angesichts der Pla-

kate physisch minderwertig fühlen, sagte Charlotte Baring, die eine Onlinepetition für die Entfernung der Plakate gestartet hatte. Bei der ASA gingen nach eigenen Angaben 360 Beschwerden ein. Immer mehr Plakate des Herstellers wurden verunstaltet und landeten als Foto in sozialen Medien.

Graeme Craig, bei den Verkehrsbetrieben verantwortlich für die Werbung in Bussen und Bahnen, zeigte Verständnis für das kommende Verbot. "Anders als im Fernsehen, im Internet oder bei Printmedien können unsere Kunden nicht umschalten oder weiterblättern, wenn sie sich von einer Anzeige belästigt fühlen", sagte er. Er wünsche sich Werbung, die Menschen mit dem Netzwerk verbindet.

14.07.2016, [www.marburg.de](http://www.marburg.de)

## **"Trostfrauen":**

### **Japan zahlt 8,7 Millionen Euro an südkoreanische Stiftung**

#### ***Sühne für Verbrechen der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg***

Seoul – Nach der Einigung im Streit um Zwangsprostituierte im Zweiten Weltkrieg hat Japan eine Milliarde Yen (8,7 Millionen Euro) an Südkorea überwiesen. Die Summe sei am Donnerstag in eine staatliche Stiftung eingezahlt worden, teilte die südkoreanische Regierung mit. Das Geld werde dafür verwendet, die noch verbliebenen 40 Überlebenden und die Familien verstorbener Opfer zu unterstützen.

Japan und Südkorea hatten den jahrzehntelangen Streit über die sexuelle Ausbeutung von Frauen im Zweiten Weltkrieg im Dezember beigelegt. Der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe sprach den Opfern seine Entschuldigung aus und sagte die Zahlung von einer Milliarde Yen zu.

#### ***Immer wieder Proteste in Südkorea***

Während des Zweiten Weltkriegs hatte Japan hunderttausende Frauen aus Korea, China und anderen besetzten Ländern ge-

zwungen, in Militärbordellen den japanischen Soldaten zu Diensten zu sein. Der Umgang mit den in Japan beschönigend "Trostfrauen" genannten Zwangsprostituierten ist ein hochemotionales Thema in Südkorea, wo seit Jahren wöchentliche Proteste vor der japanischen Botschaft organisiert wurden.

Das Abkommen mit Japan traf in Südkorea auf gemischte Reaktionen. Aktivisten kritisierten, dass Japan keine rechtliche Verantwortung für die Verbrechen der Armee übernehme. Zwölf Überlebende reichten in dieser Woche Klage ein, da die Vereinbarung ohne ihre Zustimmung geschlossen worden sei. (APA, 1.9.2016)

## Termine

### **Gegen Lebensschutz von rechts. Queer-feministische linke Interventionen gegen Backlash und Antifeminismus**

Termin: Dienstag, 13.09.2016 | 19:00 Uhr  
Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
im 1. Obergeschoss.

Am 17. September 2016, einen Tag vor den Wahlen, findet in Berlin erneut ein «Marsch für das Leben» statt. Christlich-fundamentalistische sowie rechtsnationale GegnerInnen des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung fordern dort das totale Verbot und die Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen – in Deutschland und Europa. Sie werden außerdem aktiv, personell und finanziell von der rechtsradikalen Partei AfD unterstützt. Diese «Lebensschützer» wollen im Kern Mädchen und Frauen\* jedes Recht auf Selbstbestimmung nehmen. Darüber hinaus stellen sie sich gegen die Vielfalt von Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen oder geschlechtlichen Identitäten. Sie hetzen gegen eine inklusive, Diversität lebende Gesellschaft und bedrohen mit dieser Haltung Lebensweisen statt sie zu schützen. Diesem reaktionären Aufmarsch

und dem wachsenden gesellschaftspolitischen Einfluss christlicher Fundamentalistinnen und Parteien wie der AfD müssen queer- feministische, linke progressive Positionen sich entgegenstellen; politisch-inhaltlich und ganz praktisch auf der Straße.

Gemeinsam wollen wir feministisch-politisch aktuell herausfordernde Fragen diskutieren, die mit immer stärkerer Unterstützung von konservativer und rechter Perspektive gesellschaftlich breit verhandelt werden und einen rechtsgewendeten roll-back emanzipativer feministischer und geschlechtergerechter Politik voranzutreiben versuchen.

Es diskutieren:

Ines Scheibe, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Eike Sanders, Autorin und Aktivistin, u.a. beim antifaschistischen Pressearchiv und Bildungsverein Berlin (apabiz)

Moderation: Katharina Pühl, wissenschaftliche Referentin für feministische Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kontakt: Katharina Pühl, Telefon: (030) 44310-472, E-Mail: puehl@rosalux.de

### **Die Freierbestrafung in Frankreich: Was können wir daraus für Deutschland lernen?**

#### **Vortrag und Diskussion mit Inge Kleine**

Termin: Montag, 17. Oktober um 19.30 Uhr

Ort: Kofra, Baaderstr. 30, 80469 München

Endlich hat Frankreich es geschafft, nach langen Kämpfen und mit einem breiten Unterstützungsnetzwerk die Freierbestrafung einzuführen. 268 gegen 138 Abgeordnete stimmten dafür! Für uns in Deutschland ist das eine Riesenchance, es ihnen gleich zu tun. Hier kann nicht mit einem anderen politischen System o.ä. argumentiert werden, Frankreich ist uns ganz nah.

Was können wir nun von Frankreich lernen und STOP SEXKAUF hier umsetzen? Wie war es in Frankreich möglich, dieses breite

und sehr aktive Unterstützungsnetzwerk hinzukriegen? Welche Grundvorstellungen einer Gesellschaft und welche Bewertung der Prostitution an sich waren die Grundlage für diesen Erfolg? Welche Rolle spielten die „Zero Macho“ dabei, die ja in Deutschland nicht wirklich Fuß fassen? Welche Bündnisse und Strategien waren ausschlaggebend für den Erfolg? Wie wurde die Politik eingebunden? Die Forderung wurde von PolitikerInnen selber vertreten, z.B. von der früheren Ministerin für die Rechte der Frauen, Najat Vallaud-Belkacem. Welche Rolle spielte der Skandal um Dominique Strauss-Kahn?

Schauen wir uns das Gesetz, seine Entstehung und – vielleicht schon zu berichtende - Umsetzung genau an und lassen wir uns inspirieren!

*Inge Kleine ist Lehrerin und Aktivistin bei Stop Sexkauf! und abolition2014 sowie in weiteren blogs.*

### **Die Sexkäufer im Focus Fachtagung**

Termin: Samstag, 3. Dezember von 9-17.00 Uhr

Ort: Ev. Stadtakademie, Herzog-Wilhelm-Str. 24, 80331 München

Die diesjährige Fachtagung des Netzwerks Stop Sexkauf! focussiert auf die Freier als Verursacher des Problems Prostitution. Insofern wird schonungslos über ihr konkretes Verhalten gegenüber den Frauen, die sie missbrauchen, über ihren z.T. brutalen Austausch über die Frauen in „Freierforen“, über die Blockierung gewaltfreier und frauenrespektierender Männlichkeit in der Gesellschaft, über die Sozialisation von Jungen in die Prostitution und zur legalen sexuellen Benutzung von Frauen u.v. mehr gesprochen werden.

Unter anderem berichten Aussteigerinnen (Huschke Mau und Marie Merklinger), wie Freier sich konkret Ihnen gegenüber verhalten haben, Inge Kleine gibt Einblick in Ergebnisse von Forschung über Freier z.B. von Melissa Farley, Gunilla Ekberg u.a.,

Patric Jean aus Paris, Filmemacher und Zero Macho, vermittelt den französischen Weg zur Freierbestrafung nach schwedischem Vorbild, der spanische Abolitionist Enrique Javier Díez Gutiérrez berichtet von Kampagnen gegen Freier in Spanien, die ihren Schwerpunkt auf die dringende Notwendigkeit der Forderung von Freier-Prävention für Jungen legen und Manuela Schon spricht über ihre aktuelle Arbeit: Prostitution als Käufermarkt. Die Fachtagung bietet auch Raum für eine Diskussion der Plakataktion in Stuttgart, nach der sofort die Sexkäuferzahlen in den Bordellen drastisch sanken, Verschiedene Initiativen von Männern, die gegen Prostitution Stellung beziehen, werden vorgestellt.

Anmeldung bei Kofra e.V., kofra-muenchen@mnet-online.de, 089 2010450

## **Literatur:**

### **HERLAND.**

#### **Feministischer Realismus in der Kriminalliteratur.**

##### **Wir**

... sind ein neu gegründetes Netzwerk: politisch, feministisch, antikapitalistisch, gegen rechts, gottlos, aufbrechend, erfolgreich, antipatriarchal. Wir sind eine Gruppe von Frauen, die an unterschiedlichen Orten der kriminalliterarischen Buchproduktion wirken.. [https://:herland.com](https://herland.com)

#### **Gendergerechtes Sammeln im Technikmuseum**

Nicht nur für weiße Männer aus der Mittelschicht: Wie Technikmuseen für Frauen attraktiver werden können, beschreibt ein neues Buch

Den "Frauen im Technikmuseum" – als Besucherinnen und Gestalterinnen – widmet Anna Döpfner ihr neues Buch, das kürzlich im Transcript Verlag erschienen ist. Warum sind Technikmuseen in der Regel für Frauen so wenig attraktiv? Diese Frage treibt die Autorin nach langjähriger

Innensicht auf das Technikmuseum Berlin an. Ihre Bestandsaufnahme zeigt: Rund zwei Drittel der BesucherInnen sind männlich – und das ist nicht nur in Berlin so. Unterschiedlich, so hat sie durch Fragebögen erhoben, sind auch die Erwartungshaltungen: Männer interessieren sich überwiegend für "technische Daten und geschichtliche Entwicklung", Frauen eher für "Informationen über die Auswirkungen und Folgen von Technik". Männer besuchen technische Museen oft allein, Frauen oft mit ihrer Familie.

### ***Feministische Technikkritik***

Nach dieser Beschreibung des Status quo der Geschlechterverhältnisse im Technikmuseum untersucht Döpfner die Ursachen der Exklusion, um in der Folge Ansatzpunkte der Inklusion zu entwickeln. "Alle ausgestellten Artefakte", so die Autorin, setzten "den neuzeitlichen Prozess der Trennung des Menschen von der Natur" voraus. "Wissenschaftskritik als Infragestellung des Objektivitätsanspruches der Naturwissenschaften" sei noch viel zu selten strukturelles Element der Ausstellungen. In diesem Zusammenhang verweist sie auch auf feministische Technikkritik und den Zusammenhang zwischen patriarchalen, gesellschaftlichen Strukturen und einem ausbeuterischen, herrschaftlichen Naturverhältnis.

### ***Was tun?***

Wie kann das zum Besseren verändert werden? Mithilfe der Analyse Kriterien "Gender, Race und Class" solle untersucht werden, "wo Ausstellungen bestehende Machtverhältnisse abbilden und in welcher Weise sie zu Erhalt oder Veränderung von dauerhaft sozialer Ungleichheit beitragen". Weiters fordert sie eine "globale Erweiterung der Museumsthemen" weg von der "Zentralperspektive weißhäutiger Männer aus der Mittelschicht". Die bloße Erfassung der Objekte nach Chronologie, Material oder Herkunft solle einer Kontextualisierung der Objekte weichen.

Als kurzfristige Maßnahmen schlägt sie Vermittlungsarbeit, die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache sowie sogenannte Interventionen in bestehenden Dauerausstellungen vor. Diese sollen zu "multiperspektivischem Denken" anregen. Langfristig fordert Döpfner eine andere Personalpolitik – bei den WissenschaftlerInnen in technischen Museen sieht es nicht viel anders aus als bei den BesucherInnen: Rund zwei Drittel sind männlich. Auch die Beachtung von Genderaspekten bei der architektonischen Gestaltung – sie nennt das Militärhistorische Museum in Dresden als gelungenes Beispiel – könne zur Inklusion beitragen. Die Untersuchung von vorhandenen "Leerstellen" in den Sammlungen sei ebenso sinnvoll wie Neusichtungen der Bestände in Hinblick auf eine "Kulturgeschichte der Technik".

### ***Vorbildliches "In Arbeit"***

Lobend erwähnt die Autorin in diesem Zusammenhang das Ruhr-Museum Essen, das Science Museum London – und auch das Technische Museum Wien. Hier insbesondere die seit 2011 auf sechs Jahre ausgelegte Ausstellung "In Arbeit", die von künstlerischen Interventionen ("at your service") begleitet wurde. Die grundsätzliche Bezogenheit auf "Gender, Race und Class" sei hier bereits vorbildlich umgesetzt. (Der Hauptteil dieser Ausstellung ist derzeit im Technischen Museum Wien zugänglich.) Döpfner findet es generell sinnvoll, weg vom Thema Technik, stärker hin zum Thema Arbeit zu fokussieren, weil so "alle Menschen eingebunden" seien. Auch die Themen "Krieg und Gender" seien eine große Forschungsaufgabe, "denn Frauen sind nirgends so abwesend wie in Ausstellungen zur Kriegsgeschichte". Dem Konzept der "Wunderkammer", wie es zum Beispiel im neuen Humboldt-Forum Berlin geplant sei, stellt sie ein multiperspektivisches, "wildes Museum" als Alternative gegenüber. Spannend! (Tanja Paar, 23.8.2016)

auf [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)

## Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1993, gegr. 1982

66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschluss-

strukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion,109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse,110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde,111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung,123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08 Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen 131/09 Vorsicht Lebensschützer! 132/09 Hartz IV - Die Würde des Menschen ist antastbar 133/10 Repatriarchalisierung durch Sorge- und Umgangsrecht im neuen Familienrecht FamFG 134/10 Pornografisierung - Auswirkungen und Protest, 135/10 Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft – Handlungsbedarf,136/10 Gesetzesinitiativen gegen Pornografie, 137/11 Mehr Frauen in die Sprache. Warum geschlechtergerechte Formulierung immer noch wichtig ist. 138/11 Feminismus – Kritik der Herrschaftsverhältnisse;139/11 Arabische Frauen zwischen Partizipation und Exklusion; 140/11 Männergewalt gegen Frauen: kein Ende? 141/12 Vergewaltigung – das straffreie Delikt?, 142/12 Sexuelle Gewalt: das Schweigen #ich hab nicht angezeigt, 143/12 Frauen in männerdominierten Berufsbereichen,144/13 Sexismus-Debatte Reloaded,145/13 Neue Perspektiven auf die Prostitution,146/13 Lesben in den Medien: unsichtbar? 147/14 Sexueller Missbrauch: Täterschutz vor Opferschutz. 148/2014: Zur Realität in der Prostitution, 149/2014: Der Fußball und die Konstruktion von Männlichkeit, 150/2014 Die Brutalität der Pornografie heute, 151/152/2014: Stop Sexkauf. Textsammlung zur Forderung nach dem Sexkaufverbot, 153/2015: Leihmutterchaft, 154/2015: Social Freezing, 155/2015: Flüchtlingsfrauen: Schutz vor Gewalt, 156/2016: Sexuelle Gewalt - Die neue Debatte.

**Kofra**

**Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.**